
Redaktion: Gerhard Zacharias, Universität Bremen,
Postfach 33 04 40, 2800 Bremen 33, Tel.: 0421/218-2757

Ausgabe: Juli 1989

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Sonderinfo zur Geschichte der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) soll einerseits unser historisches Bewußtsein beleben und bereits einmal erreichte Diskussionsstände vergegenwärtigen, andererseits auf einige Konfliktlagen hinweisen, die sich - mit unterschiedlicher Intensität - durch die Vielzahl der bisherigen ArGe-Tagungen verfolgen lassen. Insofern hoffe ich, daß die Lektüre der Texte sowohl anregend als auch hilfreich für die Bestimmung des eigenen Standorts im Berufsfeld Studentenberatung ist.

Mit dieser Hoffnung und freundlichen Grüßen
verbleibe ich

Euer

Gerhard Zacharias

I N H A L T :

- 1) Wachsende Studentenprobleme erfordern Ausbau der Beratung im Hochschulbereich
Vom Plenum der ARGE am 2. 10. 1976 in Bremen einstimmig angenommener Forderungskatalog Seite 4
- 2) Christiane Palm, PTB Bremen
Konfliktstruktur in der Arbeitsgemeinschaft Studentenberater
Februar 1977 Seite 5
- 3) Jürgen Dieker, ZSB Heidelberg
Zur Geschichte der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater der Bundesrepublik und West-Berlin
Juni 1977 Seite 11
- 4) Ziele der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)
Vom Plenum der ARGE am 20. 9. 1980 in Darmstadt beschlossen. Seite 16
- 5) Erläuterungen zu Zielen der Arbeitsgemeinschaft in einer die Diskussionen des Darmstadter Plenums (Herbst 1980) berücksichtigenden Fassung vom Januar 1981 Seite 17
- 6) Diskussionsvorschlag zur Struktur und Inhalten der Fortbildung (Projektbereiche) sowie Organisation der Arbeitsgemeinschaft vom Januar 1981 Seite 26
- 7) Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft zu den staatlichen Sparmaßnahmen im Hochschulbereich
Vom Plenum der ARGE am 28. 2. 1981 in Bremen beschlossen. Seite 28
- 8) EntschlieBung des Plenums der ARGE zur Studienreform vom 6. März 1982 in Braunschweig Seite 30
- 9) Jens Brömer, ZSB GH Kassel
Vom Kuschel-Club zu beruflich-politischer Interessenvertretung - eine Polemik Seite 32

- 10) Gerhard Zacharias, Universität Bremen
Die Etablierung der Arbeitsgemeinschaft seit Mitte der
siebziger Jahre

Seite 38

- 11) Anhang:
Chronologie der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater
am Beispiel ihrer Zusammenkünfte

Wachsende Studentenprobleme erfordern Ausbau der Beratung im Hochschulbereich

Vom Plenum der AG der Studentenberater in der BRD und West Berlin am 2. 10. 76 in Bremen werden folgende Forderungen zur Studienberatung aufgestellt:

- 1.) Vor dem Hintergrund der zunehmenden Probleme in Schule und Hochschule, wie wir sie täglich in der Beratungspraxis erfahren, ist ein zügiger und kontinuierlicher Ausbau der Studienberatung unter Verwirklichung der 1973 von der KMK empfohlenen Personalrichtwerte (1 hauptamtlicher Studienberater für 1000 Studenten) dringend.
- 2.) Um eine Beratung im Interesse der Klienten zu gewährleisten, muß die Beratung freiwillig, anonym und im Hinblick auf den Beratungsprozeß und seine Ziele transparent sein. Dabei hat das Interesse des Klienten absoluten Vorrang vor dem Interesse der Institutionen.
- 3.) Zur Gewährleistung einer koordinierten und effektiven und weitgehend verwaltungsunabhängigen Beratung muß die Studienberatung eine Zentrale wissenschaftlicher Einrichtung der Hochschulen sein.
- 4.) Die Studienberatung soll eine Integration von allgemeiner Studienberatung, Studienfachberatung und psychosozialer Beratung und Psychotherapie leisten. Dazu ist eine enge Kooperation der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung mit den Fachbereichen sowie dem Lehrkörper, der Studentenschaft und der Verwaltung notwendig.
- 5.) Zur Verbesserung der Lehr- und Lernsituation im Hochschulbereich müssen die Erfahrungen aus der Studienberatung systematisch in die Studienreform eingehen.
- 6.) Um ihre Beratungsfunktionen verantwortlich wahrnehmen zu können, ist eine Ausbildung für Studienberater zu schaffen. Dabei ist ausgehend von einem Hochschulabschluß (Universitäts- oder Fachhochschulabschluß) eine weitere Qualifikation in Form von Aufbau- oder Kontaktstudien zu erwerben.

einstimmig angenommen!

Christiane Palm, PTB Bremen

Konfliktstruktur in der Arbeitsgemeinschaft Studentenberater der BRD

Seit Gründung der Arbeitsgemeinschaft im Jahre 1972 hat sich immer wieder gezeigt, daß fruchtbare Zusammenarbeit dann nicht möglich ist, wenn die unterschiedlichen Interessen und Konflikte zwischen den Beratern nicht auf einen Begriff gebracht werden.

Entweder wurden in den Sitzungen lange und wenig ergiebige Diskussionen geführt oder aber die Arbeitsgemeinschaft schrumpfte auf kleinere homogene Gruppen zusammen, während die abgespaltenen Mitglieder Interessengruppen untereinander bildeten.

Die wichtigsten Interessengruppen lassen sich wie folgt aufgliedern:

1. Beratungsstellen, die als Modellversuch laufen. Gemeinsames Interesse dieser Beratungsstellen liegt bei Planungs-, Organisations- und Realisierungsfragen, die alteingesessene Beratungsstellen in dieser Weise überhaupt nicht haben. Spezifische Konflikte haben diese Modellversuche untereinander, da denkbar ist, daß vom Ergebnis des einen oder anderen Modellversuchs das Schicksal der anderen mit abhängt. Die Tatsache, daß die Modellversuche zeitlich befristet sind, trägt noch das seinige dazu bei. Außerdem sind diese Stellen wesentlich besser ausgebaut als alle übrigen Beratungsstellen, wodurch eine andere Ausgangssituation für die Arbeitsmöglichkeiten der Stellen gegeben ist.
2. Zentrale Beratungsstellen. Hierbei handelt es sich meistens um ältere Beratungsstellen wie die Bielefelder, die Bochumer und die Heidelberger Beratungsstelle, die weder als psychotherapeutische Beratungsstellen angelegt sind noch als Modellversuche fungieren. Diese Stellen haben spezifische Konflikte dadurch, daß sie im Spannungsfeld zwischen psychotherapeutischen Beratungsstellen und Studienberatungsstellen etwa der Berufsberatung befindlich sind. Diese Konflikte können m.E. innerhalb der Modellversuchsplanung viel leichter unter den Tisch gebuttert oder auch gelöst werden als das bei älteren Beratungsstellen der Fall ist. Gemeinsames Interesse der Zentralen Beratungsstellen liegt vor allem darin, daß in diesen Stellen vorwiegend Psychologen oder andere Sozialwissenschaftler arbeiten, während bei den Modellversuchen auch Fachwissenschaftler anderer Herkunft beschäftigt sind, und die Psychologen dort eher eine Minderheit darstellen (bei den Zentralen Beratungsstellen waren bisher die Leiter Psychologen). Interessengegensätze zwischen Zentralen Studentenberatungen

und Modellversuchen bestehen vorwiegend darin, daß die ZSBs insgesamt mehr ein psychologisch-pädagogisches Konzept vertreten, sowohl im aktiven wie passiven Beratungsangebot, während die Modellversuche psychologische Beratung lediglich als kleine Parzelle enthalten und im wesentlichen Studienberatung mit aktivem Beratungsangebot machen.

3. Psychotherapeutische Beratungsstellen. Diese Beratungsstellen sind meistens von Ärzten geleitet (Psychiater, ausgebildete Psychotherapeuten) und beschäftigen vorwiegend psychotherapeutisch ausgebildete Psychologen und Sozialarbeiter. Gemeinsames Interesse haben diese Stellen sowohl an der Aufrechterhaltung des Angebots als auch des methodischen Ausbaus ihrer Arbeit. Sie geraten in Gegensatz zu den Modellversuchen allein schon dadurch, ^{daß} diese z.T. ein vollständig anderes Beratungsangebot machen.
4. Informations- und Beratungsstellen seitens der Universitäten, die nicht in diesen Stellen aufgehen. Hierbei handelt es sich auf der einen Seite um die Studentensekretariate und die assoziierten Einzelstellen (Zulassungsstellen) sowie die Förderungsabteilungen, Rechtsberatungen, ärztliche Beratungen durch die Studentenwerke.
5. Berufsberatung und Fachberatung in den Fachbereichen sowie Beratung über hochschuldidaktische Zentren. Bei diesen Gruppen handelt es sich insgesamt mehr um Adressen als Mitglieder, die tatsächlich innerhalb der Arbeitsgemeinschaft aufgetreten sind. Sie spielen jedoch durchgehend dadurch eine Rolle, daß die übrigen Beratungseinrichtungen ihre Arbeit von diesen Einrichtungen abgrenzen müssen. Die Art und Struktur der Konflikte kann man aus den unterschiedlichen Vereinbarungen zwischen Arbeitsämtern und Universitäten erkennen. Hauptpunkt des Konflikts dürfte vor allem der sein, daß die Berufsberatung bis auf psychologisch-therapeutische Beratung sowie Fachberatung im engeren Sinn praktisch sämtliche Beratungstätigkeiten und Informationstätigkeiten durchführen will, die auch durch die allgemeinen Beratungsstellen sowie die Modellversuche gemacht werden.
6. Schließlich sind als eigene Interessengruppen die Hochschulverwaltung und die Kultusministerien sowie innerhalb der Hochschulverwaltungen insbesondere Presseabteilung, Studentensekretariat, Förderungsabteilung und die Rechtsberatung und ärztliche Beratung, Wohnungsvermittlung usw. der Studentenwerke zu erwähnen. Auch diese Gruppen treten innerhalb der Arbeitsgemeinschaft so gut wie nie auf, wohl aber in konkurrierenden

Unternehmungen wie bei den HIS-Tagungen oder bei den Modellversuchen. Die Möglichkeit der Berater, sich zu äußern und eigene Meinungen zu vertreten, wird dadurch beträchtlich begrenzt. Konflikte treten dadurch auf, daß die Verwaltung den Beratungsstellen Aufgaben übertragen will, die ursprünglich von der Verwaltung gemacht worden sind (Publizieren von Informationen durch die Presseabteilung, Ausgabe von allgemeinen studienkundlichen Informationen durch die Studentensekretariate). Außerdem besteht ein Konflikt dadurch, daß die Berater mehr ihre Arbeit im Interesse der Klienten machen wollen, während die Verwaltung und die Kultusministerien eher erwarten, daß die Beratung im Interesse der herrschenden Politik gemacht wird. Das ist aus den offiziellen Dokumenten zur Studentenberatung recht gut erkennbar. Sollte früher die Beratung dazu dienen, das Studium effektiver zu machen (Reduktion von Abbrechern, Wechsellern etc.), so soll nach dem Bericht der Bundesregierung über das Bildungswesen die Beratung jetzt die Schere zwischen Studieninteressen und beruflicher Marktlage schließen helfen, d.h. im wesentlichen dazu beitragen, daß etwa nicht so viele Lehrer entstehen usw.

Thematische Interessengruppen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft

1. Einflußnahme der Hochschulverwaltung und der Kultusministerien auf die Beratertätigkeit. Dazu gehören vor allem Abbau psychologisch-therapeutischer Beratung sowie Eingriff in die Beratungsarbeit sowohl im sachlichen wie im persönlichen Bereich. Dies äußert sich in der Art der Personalpolitik, der Organisation und Anbindung der Stellen, sowie der Art und Weise wie Dienstverträge und Geschäftsverteilungspläne erstellt werden.
2. Zeitliche Eingrenzung der Beratung und damit zusammenhängend Entindividualisierung der Beratung. Umwandlung des Beratungsangebots von einem Hilfsangebot in eine Vermittlungsstelle für offizielle Studienanforderungen. Mit diesem Punkt zusammen hängt auch die Frage der Entpsychologisierung der Beratungsarbeit sowie des Konflikts zwischen Psychologen und Nichtpsychologen in der Studentenberatung. Praktisch lediglich im sachlichen Bereich sind Kurzinformationen und -beratung möglich, im persönlichen Bereich ist der Zeitaufwand insgesamt größer.
3. Die unterschiedliche Ausbildung und unterschiedliche Vorkenntnis der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, damit unterschiedliche Rezeptionsbereitschaft, Zugang zu Themen und Interessen. Mitglieder, die gerade erst anfangen eine Stelle zu gründen, haben natürlich andere Interessen als

Mitglieder, die bereits seit 7 - 8 Jahren in der Studentenberatung tätig sind. Ausgebildete Therapeuten haben andere Interessen als Berater mit reinen Sachbearbeiterfunktionen. Leiter von Beratungsstellen haben andere Interessen als Mitarbeiter.

4. Unterschiedliche Ansichten über Zusammensetzung und Art der Aufgaben in der Beratung. Einheitsberater versus 2 und mehr Beraterarten, integriertes Angebot versus kooperatives Angebot, zentrale versus dezentrale Beratung, daran hängen Konsequenzen für die Ausbildungsfragen, die Stellenpolitik, Möglichkeit zur Solidarität der Beratung untereinander und im Sinne der Klienten. Ein Großteil an vorläufigen Entscheidungen (etwa durch die Modellversuche) sind bereits abgelaufen, so daß sich deutlich die Frage stellt, welche Interessen gleichwohl in der Arbeitsgemeinschaft noch verwirklicht werden können. So haben etwa Verfechter einer dezentralen Beratungseinrichtung und Verfechter einer zentralen Beratungseinrichtung (etwa Hamburg versus Marburg) bezüglich ihrer eigenen Arbeit so gut wie keinen gemeinsamen Berührungspunkt und können lediglich eine Art konkurrierende Diskussion miteinander führen.

Die aufgezählten Interessengruppen haben daher auch recht unterschiedliche Themenschwerpunkte gewählt. Der Konflikt bestand bisher darin, daß entweder sämtliche Themen aufzunehmen oder aber nur sehr wenige Leute anzusprechen sind, falls die Sitzung auf ein Thema beschränkt wird.

1. Fragen zur Organisation, zum Aufbau und Ausbau von Beratungsstellen (besonders interessant für Anfänger und Modellversuche);
2. Anbindungsfrage, Organisationsfrage, Abbau von Beratungsstellen (gilt besonders für psychotherapeutische und ältere Beratungsstellen);
3. praktische Probleme in der Beratungsarbeit
 1. Erstinterview
 2. Gruppeninitiative
 3. Kooperation mit anderen Informationssystemen
 4. Gewerkschaftliche Organisationen.

Fragen:

1. Schließen sich Modellversuche insgesamt oder in Aspekten gegenseitig aus und folgen da heraus mehr oder weniger offene Rivalitäten?

2. Wie könnte differenzierte Fortbildung betrieben werden?

Konflikte, soweit sie bekannt sind:

1. Informationspapiere zu Themen aus dem Studienbereich und sozialen Bereich werden von extrem verschiedenen Stellen gemacht.
2. Vorlesungsverzeichnisse, Prüfungsordnungen oder Studiengangsortnungen und Beschreibungen werden an einigen Stellen von Pressestellen und an anderen von Fachbereichen, an dritten von Beratungsstellen hergestellt. Außerdem werden über den Buchhandel sowie über die Bundesanstalt für Arbeit eine große Zahl gleichlautender Skripte hergestellt. Prüfungsordnungen in Baden-Württemberg werden durch das Kultusministerium gesammelt und verteilt, werden durch die Universitäten gesammelt und verteilt, werden vom Arbeitsamt gesammelt und verteilt, von der WRK sowie von der HIS GmbH.
3. Therapie findet z.T. nur in der ZSB (Karlsruhe), teils sowohl in Psychotherapeutischen Stellen als auch in Zentralen Beratungsstellen (Heidelberg), teils gar nicht (Marburg), teils in Kliniken (Frankfurt) statt. Konflikte entstehen sowohl durch Qualität als auch durch Quantität des Angebots bzw. der Nichtexistenz dieses Angebots.
4. Wenn an Universitäten hochschuldidaktische Zentren bestehen, deckt sich die Aufgabe dieser Zentren sehr stark mit der Aufgabe der Zentralen Beratungsstellen (Hamburg).
5. Modellversuch Karlsruhe, Marburg schließen sich aus.
6. An einigen Universitäten wird die gesamte Studienberatung von der Berufsberatung gemacht (Kiel und Oldenburg).
7. Konflikte zwischen politischen Einsichten und persönlichen Interessen innerhalb der Studentenberatung. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich sehr stark über politische Einsichten gebildet (etwas für die Auszubildenden tun, zur Realisierung der Grundrechte beitragen), und dabei die Konflikte, die immanent in der Arbeit drin liegen, vernachlässigt.

8. Konflikte zwischen Studienberatern und Berufsberatern und Therapeuten. Abgrenzung der Arbeit, umgehen mit Überschneidungen, umgehen mit Doppelarbeiten.

Erfordernisse:

Wenn die Arbeitsgemeinschaft arbeitsfähig sein will, müssen die unterschiedlichen Interessen und Festlegung der Mitglieder offen sein, damit kein unnötiges und verdecktes Rivalisieren stattfindet.

Damit die Berater und die Beratungsstellen einheitlich auftreten können, müssen verständliche und kommunikable Arbeitsplatzbeschreibungen stattfinden. Nur so kann mit der Verwaltung auch auf der Personalebene geredet werden.

Konsequenzen:

Die Arbeitsgemeinschaft müßte verhindern, daß sich Vereinigungen wie sie unter HIS stattfinden, verselbständigen bzw. ohne die Einflüsse der Arbeitsgemeinschaft stattfinden.

Die Arbeitsgemeinschaft spaltet sich in homogene Interessengruppen auf. Die Arbeitsgemeinschaft findet eine andere Struktur bei ihren Tagungen um den heterogenen Interessen gerecht zu werden.

Quelle: Info 1 der ARGE der Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West, Februar 1977.

Jürgen Dieker

Zur Geschichte der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater der Bundesrepublik und West-Berlin

Beim letzten Treffen der AG in Bremen im Oktober 1976 ergab sich aus verschiedenen Gründen die Notwendigkeit, die Anmerkungen von Christiane Palm im Info der AG Nr. 1 zur Geschichte der Arbeitsgemeinschaft zu ergänzen.

Die Psychotherapeutische Beratungsstelle der Universität Frankfurt organisierte in Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen Bochum und Hamburg vom 6. - 7.10.1972 in Frankfurt eine Tagung für Mitarbeiter von Psychotherapeutischen Beratungsstellen. Die in Frankfurt versammelten Teilnehmer beschloßen am 7.10.1972 die Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater an Hochschulen" (später: Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater der BRD und West-Berlin).

Ein gewählter Gründungsausschuß erarbeitete in der Folgezeit anhand der auf diesem Treffen diskutierten Interessen eine Satzung, in der u.a. Zielsetzung der Gemeinschaft, Sektionsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit usw. geregelt wurden. In diesem Ausschuß haben namentlich benannte Mitarbeiter aus den Beratungsstellen Bielefeld, Heidelberg, Hamburg, Frankfurt, Darmstadt, Freiburg, Bochum und Erlangen mitgearbeitet. Aus dieser Zeit (Ende 1972 bis Mitte 1973) stammen neben der Satzung verschiedene Aufgabenkataloge für die AG, Pressemitteilungen, eine Resolution an die KMK, Protokolle, diverse Tischvorlagen und Briefwechsel. Insgesamt waren auf dieser ersten Tagung zwischen 40 und 60 Teilnehmer einschließlich Gästen und Pressevertretern anwesend.

Die Tagung und die sich anschließenden Aktivitäten und weiteren Tagungen waren motiviert vom Wunsch nach mehr Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch sowie dem Bemühen, die Lage der Studenten zu verbessern und der Befürchtung, daß die psychologische sowie die psychotherapeutische Beratung nicht weiter gefördert oder gar aufgehoben bzw. an die Kliniken angegliedert werden. Das Schicksal der Beratungsstellen in Frankfurt, Köln und Marburg sowie Entwicklungen an anderen Beratungsstellen und in der Gesetzgebung (Hochschulrahmengesetz, Hochschulgesetz der Länder, KMK-Empfehlungen zur Beratung in Schule und Hochschule) bestärkten die damaligen

Befürchtungen. Es ist seitens vieler Hochschulleitungen als auch vor allem der Kultusministerien der Länder klar das Bestreben angemeldet, reine Studienberatungs-Stellen als eigene Institution neben Psychotherapeutischen Beratungsstellen zu entwickeln und dabei Studienberatungs-Stellen einen eindeutigen Vorrang zu gewährleisten. Aus dem KMK-Empfehlungen sowie fast sämtlichen Gesetz-Entwürfen ist die Psychotherapie und die psychologische Beratung praktisch ausgeschlossen. Damit müssen alle Probleme und Fragestellungen von Schülern und Klienten, die nicht rein sachliche sind, in einer Krankeninstitution bearbeitet werden, und da diese in der Regel dafür nicht zuständig sind, fallen sie unter den Tisch, sofern die Stellen nicht ein integriertes Angebot wie etwa in Karlsruhe und Heidelberg haben.

Die hiermit zusammenhängenden Probleme haben die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft weitgehend bestimmt.

Schon von Anfang an bestand die Tendenz, fachlich bestimmte Sektionen zu bilden. Neben der Trennung in Studienberater (Fachberater) sowie Psychotherapeuten wurde auch die Trennung in Studienberater plus psychologische Berater auf der einen und meist analytisch arbeitende Psychotherapeuten auf der anderen Seite diskutiert. Letztere befürchteten zusätzlich zu fachlichen Einwänden gegen andere als analytische Angehensweisen u.a., daß durch die Nähe der psychologischen Studienberatung zur Studienberatung überhaupt langsam aber sicher das psychologische und therapeutische Angebot aufgelöst wird und die Psychologen sich zunehmend mehr zur Studienberatung drängen lassen, die damals in einer oft sehr emotionalen Atmosphäre als technokratische Machenschaft der Kultusministerien interpretiert wurde. Das erschwerte natürlich das Gespräch mit Studienberatern, die zwar diese Möglichkeit sahen, sich aber keineswegs unter solche Bestrebungen untergeordnet sehen wollten. Es erschwerte weiter das Gespräch zwischen Psychologen und Psychotherapeuten, da viele Psychologen klar erkannten, daß in einer Zentralen Studentenberatung Studienberatung und psychologische Beratung gleichberechtigt, gleichgültig in welcher Organisationsform zusammenarbeiten müßten, wobei psychologische Beratung lediglich Überschneidungsbereiche mit der Therapie hat aber nicht mit ihr identisch ist, wie sie auch Überschneidungsbereiche mit der

Studienberatung hat ohne mit ihr identisch zu sein.

Es ging also nicht nur um die Frage, wie Berater mit so unterschiedlichen Schwerpunkten wie der "Psychoanalytiker" Morgenstern und der "Studienberater" Wagner sinnvoll in einer AG zusammenarbeiten könnten, sondern auch darum, ob wohl in Zukunft mehr der Studienberatungs-Bereich oder der psychologische Beratungs-Bereich ausgebaut werden würde. Damit war auch die Wurzel für Rivalitäten und die Ausdehnung der eigenen Arbeitsgebiete und der eigenen für richtig erkannten Ansichten gelegt.

Bedingt durch die Geschichte der Arbeitsgemeinschaft verblieben in der AG im Laufe der Jahre bei extremer Schwankung der Teilnehmerzahl und extrem mangelnder Kontinuität der Teilnahme vorwiegend Psychologen und Therapeuten, die weder ausschließlich Studienberatung noch Psychotherapie betrieben, sondern entweder beide Bereiche unbesahen möglicher Konkurrenz beim Ausbau akzeptierten oder in beiden arbeiteten, bzw. ein komplexes Angebot bei gleichzeitiger Berücksichtigung persönlicher und studienbezogener Dimensionen machten. (Tübingen, Heidelberg, Bochum, Bremen, Bielefeld u.a.). Die fachlichen und interessengebundenen Konflikte brachen in allen Jahren immer in ähnlicher Weise auf, wann neue Teilnehmer aus der Studienberatung, Psychotherapie oder psychologischen Beratung an den Zentralen Beratungsstellen dazu stießen. Rückblickend kann man sagen, daß aufgrund der Tatsachen, daß vorwiegend Mitarbeiter mit psychologischer Grundausbildung in der AG gearbeitet haben deren Ansichten und Interessen natürlich den breitesten Raum eingenommen haben.

Hingegen wurden studienspezifische Fragen so gut wie gar nicht diskutiert wie: Zusammenstellung, Organisation des Informationssektors, Erstellung von erforderlichen Verweisungswissen (Zuständigkeiten, wer bietet was an), fachspezifische Arbeitsformen und Probleme, Arbeitsteilung von Psychologen und Studienberatern wo beide zusammenarbeiten, Förderung und Zulassungsfragen. Berater mit solchen Interessen haben ihre Themen eher auf den HIS-Tagungen ansprechen können, auf Landesebene (Baden-Württemberg z.B. Zusammenarbeit zwischen Kultusministerium und Beratungsstellen)

oder bei spezialisierten Gruppen wie Treffen der Modellversuche, der Berufsberater (Fulda 1973 und weitere Treffen).

In dem Maße, als die Berater bei der inhaltlichen Planung und Gestaltung ihrer Beratungsstelle mitwirken konnten, spiegelten die Diskussionen natürlich den Wunsch wider, die eigene Arbeit und die eigenen Ansichten zu erhalten und zu legitimieren. Abweichende Ansichten und Tätigkeiten waren nicht nur einfach abweisende, sondern in gewisser Weise auch den eigenen Bereich bedrohende, falls sie zur allgemeinen Entwicklung führen würden. Eine Befürchtung, die z.B. die Psychologen hatten, die zwar die Notwendigkeit von Information und Beratung im sachlichen Bereich genauso einsahen wie im persönlichen, aber - wie die Erfahrung gezeigt hat - annehmen mußten, daß die Unterstützung der Studienberatung zur Liquidierung der eigenen Arbeitsbereiche beitragen wird. Die meisten Psychologen in den allgemeinen Beratungsstellen werden wohl auch der Ansicht sein, daß dort nicht Therapie in den Bereichen und der Weise stattfinden kann und soll wie in der Klinik sowie in den Psychotherapeutischen Beratungsstellen, falls es sie überhaupt gibt. Sie bildeten für den alternativen Arbeitsbereich das Schlagwort "psycho-soziale Beratung", das in gleicher Weise ein Zwischending zwischen Therapie und Studienberatung sein sollte wie die Studienberatung ein Zwischending zwischen persönlicher und reiner Fachberatung sein sollte. Es wird eine Aufgabe der nächsten Zeit sein, an konkreten Beispielen und Darstellungen diskussionsfähiger zu machen, wo und wie Tätigkeitsbereiche abgegrenzt werden sollen. Als Zusatz kann noch erwähnt werden, daß die insgesamt selten auf den Tagungen auftretenden Studienberater ihrerseits vor der Wahl oder auch im Druck standen, sich mehr der reinen Erarbeitung von sachlichen Informationen bis hin zu Verwaltungsaufgaben zu widmen, oder aber dies anderen Fachleuten zu überlassen und unter Einbezug derer Kompetenzen Beratung zu praktizieren. Konkret hieß das etwa für Heidelberg: (Studiengangsbeschreibungen, Sammlung von Informationen usw. wird traditionsgemäß von der Verwaltung und der Presseabteilung in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und dem Kultusministerium erarbeitet. Würde die Beratungsstelle diese Arbeiten übernehmen, müßten sie ihr Beratungsangebot (gleichgültig ob mehr personen- oder sachorientiert) einschränken und mehr Informations- und Verwaltungstätigkeit machen. Es ist

keine zufällige Unsitte, daß selbst die Auskunft sowie Gespräche im Zusammenhang mit der Erledigung von Verwaltungsakten bei vielen Beratern bereits als Beratung gilt.

Für alle als Berater eingestellten Mitarbeiter und vermehrt die mit psychologischer und pädagogischer Grundausbildung würde so der Arbeitsplatz natürlich erheblich an Attraktivität einbüßen. Ähnlich dürfte es jemandem gehen, der sich auf Auskünfte zu solchen Fragen spezialisiert hat und mit der Anforderung konfrontiert wird, mit komplexen Problemen als Berater umzugehen, der bei der Realisierung der besprochenen Strategien helfen können muß.

Die vielfältigen Diskussionen auf den Beratertrreffen der AG, der HIS GmbH und anderer haben jedoch bei allen Differenzen und Konflikten immer wieder einen beträchtlichen Pool an Gemeinsamkeiten gezeigt, der auf den einfachen Nenner zu bringen ist, daß Information, Beratung und Therapie im Interesse des Ratsuchenden als ein Angebot (und nicht als Forderung) dargestellt zu verstehen ist, daß der Schüler und Student mittels der erhaltenen Information, Beratung oder Therapie das grundgesetzlich gesicherte Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und hier insbesondere auf Nutzung der Bildungsangebote im Hochschulbereich nutzen kann. Es wurde zwar stets anerkannt, daß seitens der Hochschulen und der Kultusministerien gezielte Interessen bestehen, auf Schüler und Studenten bei der Durchsetzung bildungspolitischer Ziele wie Effektivierung des Studiums und Durchsetzen der NC-Bestimmungen einzuwirken. Jedoch hat wohl kaum einer der Berater gewagt, entsprechende Ziele auf seine Fahnen zu schreiben. Er mußte befürchten, daß die Schüler und Kommilitonen sich wiederum einer Institution gegenüber sehen, die etwas mit oder an ihnen durchsetzen will. Niemand hat die Mitarbeiter des Arbeitsamtes um ihren doppelten Auftrag (im Interesse des Ratsuchenden sowie unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Belange) beneidet. Jeder erfahrene Berater weiß, daß die für eine wirksame Beratung, wie bereits für eine adäquate Information notwendige Offenheit des Ratsuchenden und Auskunftsuchenden in dem Maße abnimmt, wie er nicht das Gefühl und die Sicherheit haben kann, daß das Gespräch sich an ihm und seinen Wünschen orientiert. Daß absolute Vertraulichkeit zugesichert werden muß stand dabei ebenso außer Frage, wie daß wirksame Information, Beratung und Therapie nur mit Ein-

schränkung möglich ist wann der Berater an Entscheidungen wie Zulassung, Beurlaubung, Gewährung von Förderung sowohl die Institution als auch den Klienten vertritt.

Diskrepanzen tauchten bei der Frage auf, in welchen Bereichen in welchem Umfang das Angebot bestehen soll.

Weiter bestand durchgängige Übereinstimmung darüber, daß die Erfahrungen der Berater an die mit Planung und Organisation beschäftigten Stellen "rückgemeldet" werden müßten, um im präventiven Sinne Verbesserungen zu bewirken und die Informations-, Beratungs- und Therapienotwendigkeit zu reduzieren. Diskrepanzen bestanden naturgemäß bei der Einschätzung der eigenen Möglichkeiten sowie der dabei auftretenden inhaltlichen Aussagen. Z.B. sollte man als Berater - beratend tätig in einer Studienreformkommission oder einem Ausschuß zur Revision einer Prüfungsordnung - eine obligatorische Fachstudienberatung vertreten oder nicht. Soll man auf kumulierte oder verteilte Prüfungen drängen?

Hier wird sicherlich entsprechend unterschiedlichen politischen oder fachlichen Ansichten ein breites Spektrum an Alternativen möglich sein, zumal die regionalen Unterschiede in den Studien und übrigen Lebensvoraussetzungen an den einzelnen Hochschulen sowie den Wirkungsmöglichkeiten der Berater enorm sind. An diesem Thema waren bialang auch Berater aller Herkunft lebhaft interessiert.

Weitere Gemeinsamkeit bestand durchgängig darin, daß selbst bei erheblicher Arbeitsteilung gemeinsamer Erfahrungsaustausch stattfinden soll. Sei es, um die eigenen Zuständigkeiten auf dem Hintergrund der Kollegen besser einschätzen zu können, sei es, um die eigenen Möglichkeiten zu erweitern. Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, daß die Qualität der Arbeit und das Betriebsklima dadurch beträchtlich verbessert werden kann. Schwierigkeiten scheint es neben persönlichen Konflikten der Mitarbeiter untereinander vor allem dadurch zu geben, daß es grundsätzlich auch ohne solchen Austausch geht und die Menge der Arbeit leicht dazu verführt, den Austausch schleifen zu lassen.

Eine beträchtliche Menge an gemeinsamen Interessen war im Bereich der rechtlichen Fragen, der Organisation der Beratung, der Kooperation festzustellen. Fragen wie Vertraulichkeit der Beratung, Anbindung der Stellen, und Formen und Erfahrungen der Zusammenarbeit insbesondere mit Fach- und Berufsberatung haben bei dem Erfahrungsaustausch sowie grundsätzlichen Erörterungen stets breiten Raum, unabhängig von der fachlichen Ausrichtung der Berater eingenommen.

Problem war dabei stets, daß den an der Diskussion Beteiligten nie so ganz klar war, wieviel Einfluß sie überhaupt auf diese Bereiche haben und inwieweit die Erfahrungen in einem Bereich - besonders wegen regionaler Verschiedenheiten - auf andere zu übertragen war.

Aus den vielen Gemeinsamkeiten entstand die Suche nach einer Verbesserung der Zusammenarbeit, entweder im Rahmen der AG oder irgendeiner anderen Form. Da seitens der meisten Psychologen und Therapeuten als auch der beteiligten Studienberater relativ geringes Ständesinteresse bestand und die Gemeinsamkeit sich eher auf bildungspolitische Ziele bezog, wurde die Möglichkeit recht oft diskutiert, sich im Rahmen der Gewerkschaft als eigene Beratergruppe zu organisieren. Zu diesem Komplex liegen eine Reihe von Papieren und Erfahrungen vor. Regional finden Treffen zwischen Beratern verschiedener Herkunft statt. Die vielfältigen damit verbundenen Schwierigkeiten (Gruppengröße, politischer Standort der Gewerkschaften, ein gewisser Zwang, sich ständisch zu organisieren seitens der Gewerkschaft) haben zwar nicht dazu geführt, daß diese Versuche als gescheitert betrachtet wurden. Jedoch bestand wohl insgesamt die Vorstellung, daß die AG - auf breiterer Basis als bisher - ein besseres Forum werden kann, um die bisher geäußerten Themen zu bearbeiten.

Persönlich denke ich, daß, wie erwähnt, in der AG grundsätzlich große Schwierigkeiten bestanden haben und auch in Zukunft bestehen werden die Frage "Studienberatung" versus "psychologischer Beratung und Therapie" sachlich zu besprechen. Die einzige Möglichkeit dafür sehe ich dann, wenn die fachlichen und arbeitsplatzbezogenen Rivalitäten zwischen Studienberatern und Psychologen sowie Therapeuten um den Ausbau des einen oder anderen Bereichs offener Auseinandersetzung weichen. Dies könnte umso mehr möglich sein als sie ohnedies nur begrenzten Einfluß auf

die Entwicklung haben werden. Wenn verdeckte Rivalitäten bestehen, für die sich die Berater gegenseitig verantwortlich machen, ist es unwahrscheinlich, daß beide Beratergruppen sich wirklich im Interesse der Klienten und im Interesse der Verbesserung des gemeinsamen Beratungsangebots gegenseitig unterstützen werden. Die Schwierigkeit einer derartigen Diskussion hat vielfach dazu geführt, daß sie als heißes Eisen stets unter dem Tisch gelassen oder einfach ignoriert und abgestritten wird, daß diese Probleme bestehen. Spätestens aber bei Personalentscheidungen, Aufgabenzuweisungen, Fachaufsicht usw. wird aber deutlich, wessen Arbeitsbereich berührt wird und wessen nicht. Es sollte dann zwischen den Beratern klar sein wo ihre Position ist. Sie sollten offen machen können, für welche Zusammensetzung des Beratungsangebots sie sich einsetzen werden. Die Berater müssen unterscheiden können, wann sie tatsächlich selber Vertreter von Interessengegensätzen sind und wann sie lediglich Ergebnis der Interessenrealisierung anderer Stellen sind (der Kultusministerien, der Hochschulen).

Viele Berater haben inzwischen erkannt, daß Differenzen zwischen ihnen im fachlichen Bereich und den persönlichen Interessen nicht nur durch die Grenzen der eigenen Vorbildung und Erfahrungen bedingt sind, sondern vielfach auch durch die Institution und den Arbeitsplatz, sie also nicht persönlich dafür verantwortlich sind. Die Erfahrung hat gezeigt, daß bei offener Berücksichtigung dieser verschiedenen Ebenen trotzdem fruchtbare persönliche Kontakte und ausgezeichnete kollegiale Zusammenarbeit möglich sein kann. Andererseits war es auch möglich, fruchtlose und nutzlose Auseinandersetzungen zu beenden.

Aus diesen Erfahrungen heraus hat die AG auch beim letzten Treffen am Beschluß von 1972 festgehalten, keine Sektionierung als Grundlage der AG-Organisation einzuführen, sondern 1. die Tagungen thematisch so konkret zu gestalten, daß Berater mit ihren jeweiligen Interessen klar beurteilen können, was sie dort erwartet. Es wurde weiter bekräftigt 2. daß die AG sich schwerpunktmäßig auf den Bereich der Informations-, Beratungs- und Therapiearbeit beziehen will, der als Überschneidungsbereich zwischen den verschiedenen Beratern anzusprechen ist. Zusätzlich hierzu sollen dann spezialisierte Themen angeordnet wer-

den (siehe Programm).

Es ist zu erwarten, daß die nächsten Tagung besonders wegen des kritischen Aufsehens, daß das Info Nr. 1 erzeugt hat, zahlreich besucht wird. Dies auch weiterhin wegen der Aussicht, daß die HIS-Berater treffen auslaufen und ein zunehmendes Bedürfnis festzustellen ist, ein großes und repräsentatives Forum aller im Beratungsbereich Tätigen zu haben. Wahrscheinlich wird der Ruf nach ausführlichen Grundsatzdiskussionen über Organisation und Arbeitsprogramm der AG laut werden, es mithin möglich sein, daß sich eine beträchtliche Mehrheit für die Änderung der Tagesordnung einsetzen wird, um diese Frage ausführlich diskutieren zu können. Ich würde vorschlagen, daß diese Diskussion nur kurz geführt wird und dann entsprechend 1972 - nur jetzt auf breiterer Basis - ein Ausschuß gewählt wird, der diese Fragen für die nächste Tagung vorbereitet. Daß zum einen, um eine effektivere Diskussion zu ermöglichen (Papiere sollen im Info vorher versandt werden) und zum anderen, um die Vorbereitungsarbeit für die kommende Tagung nicht überflüssig zu machen und an der konkreten Arbeit zu prüfen, was in der AG möglich ist. Es ist zu hoffen, daß die AG, die den nicht ganz unabsichtlich provozierenden Titel "Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater" trägt wirklich zu einer AG der Studentenberater wird, damit die Zersplitterung der Diskussion wie sie bislang bestand zum Nutzen der Ratsuchenden als der Berater aufhört. Der Ausdruck "Studentenberater" wurde schon stets als unglücklich empfunden, weil er Schüler nicht ausdrücklich mit einbezieht, obwohl sie stets mitgemeint sind, er war aber als ein Kompromiß zwischen Studienberatern und Psychotherapeuten zu sehen.

Das vorliegende Info Nr. 2 soll zur Vereinheitlichung und Klärung der Diskussion ein Beitrag sein.

Ziele der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in
der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)

Die Ziele der Arbeitsgemeinschaft - im Jahr 1980 vom Plenum in Darmstadt
beschlossen - sind:

- a) an den Bedürfnissen der Ratsuchenden ausgerichtete Beratungs-
und Therapiekonzeptionen zu entwickeln und zu unterstützen;
- b) die wissenschaftliche Fundierung und Reflexion von Beratungspraxis
im Hochschulbereich einschließlich der psychosozialen und psycho-
therapeutischen Beratung zu fördern und Forschungsvorhaben zur
Weiterentwicklung von Beratungs- und Therapiemodellen anzuregen;
- c) Probleme des Zusammenhangs von Gesellschafts- und Hochschulstruk-
turen einerseits und studentischen Problemen andererseits als
Rahmenbedingungen für Studentenberatung und -therapie aufzugreifen
und zu analysieren;
- d) Beiträge zur Hochschul- und Studienreform aus der Sicht der Studen-
tenberatung und -therapie zu leisten;
- e) den Erfahrungsaustausch und die Fortbildung von Studentenberatern
zu organisieren;
- f) die Kooperation von Mitarbeitern der allgemeinen, psychologischen
und psychotherapeutischen Studentenberatung zu fördern und
- g) zu Problemen der Arbeitssituation, den Arbeitsbedingungen sowie
der Organisationsform der Studentenberatung und der Fortbildung
von Mitarbeitern in der Studentenberatung Stellung zu nehmen.

Erläuterungen zu den Zielen der Arbeitsgemeinschaft

Zu a)

Darunter verstehen wir, daß die Entwicklung von Beratungskonzepten von den studentischen Lebensbedingungen und Lebenssituationen auszugehen hat und nicht von Vorstellungen von Institutionen über zu vermittelnde Beratungsinhalte. Da die Studenten selbst ihre Situation am besten kennen, sie allein auch den realen Erfahrungsbezug haben, sind sie soweit wie irgend möglich in die Entwicklung von Beratungskonzepten und die Beratungsarbeit einzubeziehen. Studentische Selbsthilfe und Selbstberatung ist von den institutionalisierten Beratungsstellen daher nicht als lästige Konkurrenz zu sehen, sondern zu fördern und zu unterstützen. Insgesamt gesehen sollte "Beratung" zu eigener Aktivität des "Berateten" führen, Hilfestellung bei der Solidarisierung mit anderen in gleicher Lage geben und zur Aufarbeitung individueller Probleme auf dem Hintergrund des gesellschaftlichen Kontextes animieren. Das bedeutet auch, daß die Entwicklung im Hinblick auf integrierte Beratungsmöglichkeiten gefördert wird, bei denen beispielsweise Probleme der Wohnungssuche, zu niedrige BAföG-Zuwendungen, Partnerprobleme, Angst vor Versagen im Studium, Unsicherheit im Umgang mit der Examenssituation nicht von verschiedenen spezialisierten Institutionen angegangen werden, sondern durch die Versammlung unterschiedlicher Qualifikationen in einer Beratungssituation ganzheitlich bearbeitet werden können. Nur so ist nicht nur die für den Ratsuchenden frustrierende Verweisungspraxis abzubauen, sondern auch die Interdependenz der Problem verursachenden Faktoren aufzuzeigen.

Zu b)

Die wissenschaftliche Fundierung und systematische Reflexion der im Hochschulbereich installierten Beratungssysteme sind bisher weitgehend eine uneingelöste Forderung. Aus den Modellversuchen zur Studienberatung liegen einige wichtige Ergebnisse vor, wobei allerdings in Rechnung zu stellen ist, daß die Auswahl der Fragestellungen und die Interpretation der Ergebnisse nicht selten von (verständlichen) modellversuchstaktischen Gesichtspunkten beeinflußt war. Überdies ist die wissenschaftliche Fundierung der Beratung ein ständiges Erfordernis, um gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen im Hochschulbereich jeweils zu verarbeiten.

Es hat sich gezeigt, daß diese Aufgabe im Rahmen der laufenden Beratungsarbeit

und von den vorhandenen Mitarbeitern in der Regel nicht ausreichend erfüllt werden kann; dies liegt vor allem an der hohen Belastung der Berater, z.T. aber auch an fehlenden Kompetenzen. Es erscheint von daher sinnvoll, die ArGe als ein Forum zu nutzen, um aus der Arbeit der Beratungsstellen heraus Fragestellungen für beratungsrelevante Forschungsvorhaben zu artikulieren, Informationsbedürfnisse der Beratungsstellen deutlich zu machen, und um Experten zu wichtigen Themenkomplexen zu hören.

Der Vorteil, den die ArGe im Hinblick auf die Anregung praxisrelevanter Forschung und zielgerichteter Rezeption wissenschaftlicher Ergebnisse gegenüber anderen Weiterbildungsinstitutionen haben könnte, liegt darin, daß die Betroffenen selbst aus ihrer Erfahrung heraus den Anstoß für eine wissenschaftliche Reflexion entwickeln, und daß die Umsetzung der Ergebnisse im gleichen Kontext erfolgen kann; damit liegt es nahe, neben der traditionellen Form des Expertenvortrags, alternative Forschungsansätze (z.B. expertenunterstützte Handlungsforschung) zu erproben, deren Finanzierung über relativ bescheidene Mittel eines Vereins möglich wäre.

Zu c

Der Anspruch einer adressaten- und bedürfnisorientierten, möglichst umfassend strukturierten und auch präventiv-institutionell wirksamen Studienberatung läßt sich nur realisieren, wenn durch gezielte Untersuchungen folgende Zusammenhänge und Fragestellungen näher analysiert worden sind:

- Welche Lern- und Arbeitsbedingungen innerhalb der Hochschule (universitäre Konkurrenz-, Anonymitäts- und Anforderungsstrukturen) verursachen bei den Studenten schwerwiegende Studienschwierigkeiten und Orientierungsprobleme?
- Welche weiteren, außerhalb der Hochschule liegenden, Belastungsfaktoren wie z.B. : die finanzielle und allgemein politische Situation, die Wohnverhältnisse, die Familien- und außeruniversitären Kommunikationsstrukturen, wirken sich zusätzlich erschwerend auf den allgemeinen studentischen Lebens- und Arbeitsbereich aus;
- in welchem Ausmaß und mit welchen Folgen beeinflussen diese inner- und außeruniversitären objektiven Belastungsfaktoren und Erschwernisse die Persönlichkeitsstrukturen der Studenten, inwieweit werden diese Belastungsfaktoren von den Studenten unterschiedlich bewältigt oder verdrängt, und welche Gefühle der Ohnmacht, Verunsicherung, Desorientierung

und Resignation lösen diese objektiven Bedingungen aus?

- In welchen Erscheinungsformen und Symptomen schlagen sich diese Ohnmachts- und Verunsicherungsgefühle z.B. als Lern- und Arbeitsstörungen, Angst, Überanpassung oder Interessen- und Motivationsverlust nieder?

Auf der Grundlage einer solchen Untersuchung der Interdependenz von objektiven inner- und außeruniversitären Belastungsfaktoren und subjektiv empfundenen Problemen und Schwierigkeiten lassen sich die möglichen Ansatzpunkte für die Beratungsarbeit der Studienberatungsstellen näher bestimmen und klären:

- wie einerseits durch hochschuldidaktische bzw. studienreformerische Maßnahmen und Rückkoppelungsprozesse auf institutionell-hochschulorganisatorischer Ebene eine Verbesserung der universitären Lern- und Kommunikationsstrukturen und damit präventiv ein Abbau bzw. eine Abmilderung der objektiven Belastungsfaktoren erzielt werden kann;
- wie andererseits Beratungskonzeptionen und -methoden entwickelt und realisiert werden können:
 - die sich thematisch an den Problem- und Konfliktbereichen orientieren, die durch die objektiven Belastungsfaktoren ausgelöst oder mitverursacht werden;
 - die inhaltlich das analysierte Spannungsverhältnis zwischen objektiven Belastungsfaktoren und individuell bestehenden Schwierigkeiten thematisieren und damit eine Psychologisierung der Probleme verhindern;
 - die organisatorisch durch geeignete Formen der Einzel- und Gruppenberatungen eine wirksame Hilfe zur Selbsthilfe bei der Bewältigung der individuellen Lebens- und Arbeitssituation anbieten.

Grenzen und Möglichkeiten der Einflußnahme auf inneruniversitäre Problem- und Konfliktfelder hängen u.a. davon ab, in welchem Beziehungs- und Abhängigkeitsverhältnis die einzelnen Belastungsfaktoren zu den allgemeinen politischen, sozialen und finanziellen Lebensumständen, den Arbeitsmarkt- und Sozialisationsbedingungen in Schule und Familie stehen, und in welcher Weise diese Belastungsfaktoren im Gesamtgefüge der Universität verankert sind.

Soweit diese allgemeingesellschaftlichen Bedingungen mittelbar oder unmittelbar zum Entstehen hochschultypischer Konflikte, persönlichen Studienproblemen und Orientierungsschwierigkeiten beitragen und diese verstärken, müßten diese objektiven Bedingungen und Einflußfaktoren Gegenstand

einer umfassenderen Problem- und Situationsanalyse sein und bei der Entwicklung wirksamerer Beratungskonzeptionen und -methoden und der Evaluation der bestehenden Beratungsangebote mitreflektiert werden.

Zu d)

Geht man von der Erkenntnis aus, daß eine Reihe von in der Beratung und Therapie zur Sprache kommenden Schwierigkeiten nicht Ausdruck individuellen Versagens sind, sondern durch institutionelle Bedingungen (z.B. Prüfungs- oder Lehrorganisation) ausgelöste Probleme, so wird man Erfolge erst erzielen können, wenn diese institutionellen Voraussetzungen geändert sind. Allgemein ist es unsere Auffassung, daß nicht die Anpassung des Individuums an institutionelle Zwänge, sondern deren Abbau und Schaffung individueller Entfaltungs- und Entdeckungsmöglichkeiten Ziel der Beratung bzw. der Therapieinstitutionen (!) sein sollte - eine Forderung, die sicherlich auch dem "kreativen Prozeß Wissenschaft" dienlich ist. Studentenberater sollten aktiv den Informationsfluß zwischen den Hochschulmitgliedern untereinander einerseits und zwischen Hochschulen und Öffentlichkeit andererseits fördern, denn die Kenntnis der gegenseitigen Lebens- und Arbeitsbedingungen ist Voraussetzung für eine sinnvolle Diskussion. Das bedeutet auch, daß Studentenberater als Experten Gehör finden in den Studienreformkommissionen, den Akademischen Senaten und Fachbereichsräten, daß sie Stellung nehmen können zu Studienordnungen und -plänen, Prüfungsordnungen, Lernorganisation an der Hochschule, Zulassungswesen usw., denn gerade in ihrer Beratungspraxis kristallisiert sich aus einer Vielzahl von Einzelproblemen die strukturelle Schwäche. Allerdings: eine Reihe von Problemen ist nicht bürokratischem Unvermögen, sondern politischer Absicht zuzuschreiben. Hier die Interessenlagen aufzuzeigen und Partei zu ergreifen für die an einer qualifizierten Arbeit in der Hochschule interessierten Studenten erscheint uns Aufgabe von Beratung und Therapie.

Denkbar wären außerdem folgende Aktivitäten im Rahmen der Studienreform und Hochschuldidaktik:

- Rückmeldung von Problemen und Störungen, die bei den Studenten in der Beratung gehäuft auftreten und deren Ursache direkt in der Studien- und Arbeitssituation der Hochschule begründet liegen;
- Unterstützung und Mitwirkung bei der Initiierung und Gestaltung von Studieneingangs- bzw. Orientierungsphasen, die den Studienanfängern

einen orientierenden Einblick in den Aufbau und die Inhalte des Studienganges sowie die zukünftige Berufsrolle vermitteln, in die hochschultypischen Arbeits- und kooperativen Lernformen einführen und den Übergang von der Schule oder dem Beruf in die Universität erleichtern und damit die Gefahr der Anonymität, Isolierung und Desorientierung abbauen;

- Mithilfe bei der curricularen Strukturierung und didaktischen Aufbereitung der Lehrveranstaltungen, um die Studienorganisation übersichtlicher und transparenter zu gestalten und die emotionalen Aspekte der Lern- und Interaktionsprozesse stärker zu berücksichtigen (Organisation hochschuldidaktischer Kolloquien, Veranstaltungsauswirkung);
- Offenlegen der Prüfungs- und Leistungskriterien; Mitwirkung, Prüfungsbedingungen überschaubarer und für den Studenten nachvollziehbarer zu gestalten; Abwehr von Bestrebungen, die auf eine "Eliteausbildung" über verstärkte Selektion und Verschärfung der Leistungsanforderung hinzielen.

Die Studienberatung sollte sich außerdem dafür einsetzen, daß neben der Gewährleistung einer breitangelegten Grundqualifikation, verbunden mit einer fundierten berufsqualifizierenden Ausbildung durch die Vermittlung entsprechender fachlicher Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden, Lern- und Arbeitsformen wie z.B. : Kleingruppen, Tutorenarbeitskreise, projekt- und praxisbezogene Lehrveranstaltungen, Selbststudienformen, Prüfungsgruppen in das Studium integriert, angeboten oder auch erhalten bleiben, die:

- "soziale Lernformen" ermöglichen, kooperatives und arbeitsteiliges Arbeiten fördern und zur Stärkung der sozialen Kompetenz beitragen;
- die Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie die Argumentations- und Ausdrucksweise innerhalb gemeinsamer Lern- und Arbeitsformen stärken und auf eine Sensibilisierung persönlicher Probleme und Schwierigkeiten hinzielen;
- den Studenten erleichtern, sich in den Institutionen zurechtzufinden, sie zur Mitarbeit und Mitbestimmung bei der Planung und Gestaltung der Lehrveranstaltungen anregen und mit den Formen und Möglichkeiten der universitären Gremien- und Selbstverwaltung vertraut machen;
- den Studenten durch entsprechende Praxisbezüge und -phasen Kenntnisse und Einsichten über die politischen und sozialen Bedingungen ihrer späteren beruflichen Tätigkeit vermitteln und auch dazu beitragen, die Lebens- und Arbeitsverhältnisse unter sich ändernden gesellschaft-

lichen und wirtschaftlichen Bedingungen interpretieren und mitgestalten zu können.

Die Realisierungschancen dieser Aktivitäten im hochschulischen Alltag werden stark von Bedingungen abhängen, die nicht im Einflußbereich der Studienberatungsstellen liegen. Eine Kooperation mit anderen universitären Gruppen und Einrichtungen und eine den jeweiligen spezifischen Bedingungen entsprechende Schwerpunktsetzung in der Aufgabenstellung ist deshalb unumgänglich.

Zu e)

Angesichts der sehr komplexen Aufgabenstellung, mit der Studentenberater (sowohl als Studienberater wie auch psychotherapeutische Berater) konfrontiert sind, ist der Fortbildung und dem Erfahrungsaustausch der Studentenberater besondere Bedeutung beizumessen. Dazu ein regelmäßiges angemessenes Angebot sicherzustellen, ist eine der wesentlichen Aufgaben der ArGe.

Die Forschungsinhalte sind in Form von Projektbereichen zu beschreiben, unter die sich die von den Studentenberatern als relevant angesehenen Themen fassen lassen.

Die bisher ermittelten Bereiche sind:

- psychosoziale Beratung
- Gemeinwesenarbeit
- Multiplikatorenschulung
- Hochschul- und Bildungspolitik
und Studentenberatung
- Hochschulpsychotherapie
- Innovationen in der Studienberatung
- Studienberatung und Hochschuldidaktik
- Beratung im Gesamthochschulbereich
- Beratung im Fachhochschulbereich
- Beratung in der Hochschulregion
- berufsbezogene Selbsterfahrung.

Diese Projektbereiche stellen die Basis dar für Themenauswahl der Fortbildungsveranstaltungen und der Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt, dem ArGe "Info". Die Bereiche können von den Mitgliedern jederzeit erweitert

werden. Auswahl und Durchführung von Veranstaltungen orientieren sich an den Prinzipien

Kollegialität
Erfahrungsbezug
Freiwilligkeit.

Kollegialität

A. Fortbildung wird von Kollegen für Kollegen organisiert

Studentenberater sind Experten auf verschiedenen Gebieten. Je nach Schwerpunktsetzung der Beratungsstelle und der Ausbildung sowie Aufgabenverteilung innerhalb der Beratungseinrichtungen werden spezielle Kenntnisse hinsichtlich des Beratungsansatzes, der Arbeitsmethodik, der Therapeutischen Schule, der Zielgruppe etc. vorgefunden, die ein riesiges Potential zur Fortbildung von Kollegen darstellen. Wie Beispiele der bisherigen Praxis der ArGe unumstößlich beweisen, ist das Spektrum der damit zur Verfügung stehenden Themen sehr umfangreich. Sogenannte "Experten", die nicht auch Praktiker der Studentenberatung sind, können ebenfalls zu einer umfassenden Fortbildung herangezogen werden.

B. Kollegialität ist aber auch das Prinzip bei Planung, Auswahl und Festlegung von Zeitpunkt und Inhalten der Fortbildung

Es muß im Interesse einer unabhängigen und am Interesse der Ratsuchenden orientierten Beratung sichergestellt sein, daß die Inhalte der Beratung nicht als Lenkungsinstrument mißbraucht werden. Eine auf Selbstkritik und kollegialen Feedback ausgerichtete Fortbildung bietet die beste Gewähr für eine verantwortliche Beratungspraxis.

Erfahrungsbezug

Eine angemessene Fortbildung muß sich aus der Praxis, für die sie ausbilden soll, entwickeln und sich auf diese beziehen. Inhalte und Didaktik müssen im Kontext zu der praktischen Arbeit stehen. Die aktuellen Probleme einer sich verändernden Hochschullandschaft müssen flexibel aufgegriffen werden. Die besonderen Erfordernisse der beruflichen Situation des Beraters ("Zuwendung als Lohnarbeit") sind zu bearbeiten. Dazu ist ein Klima vertrauensvoller Solidarität die Voraussetzung, die berufsbezogene Selbsterfahrungsarbeit erst ermöglicht.

Freiwilligkeit

Studentenberater sind Akademiker mit abgeschlossener Berufsausbildung; wenn sie sich dennoch um intensive Fortbildung bemühen, zeigt das, daß sie sich aus der Erfahrung einer sehr komplexen Aufgabenstellung weiterqualifizieren wollen, um den Bedürfnissen der Ratsuchenden und der Entwicklung der Hochschulsituation zu entsprechen. Die erforderlichen Inhalte ergeben sich aus der jeweiligen Aufgabenverteilung der Beratungseinrichtung und in der Diskussion mit den Kollegen.

Sie können in die Planung der Fortbildungsveranstaltungen der ArGe eingebracht werden.

Die Teilnahme an den Veranstaltungen bestimmt jeder Berater nach seinen derzeitigen Fortbildungsbedürfnissen und seinen zeitlichen Möglichkeiten.

Die Kooperation von Mitarbeitern unterschiedlicher Beratungsstellen wird oft durch die gegenseitige Unkenntnis der jeweiligen konkreten Tätigkeit und der Arbeitsbedingungen, durch Mißdeutungen des Beratungsanspruchs usw. erschwert. Die Leistungen des Beratungssystems für die betroffenen Studenten werden dadurch gemindert.

Kooperationsprobleme sind oft auf unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in der Beratungsarbeit und z.T. auf die unterschiedliche Ausbildung der Mitarbeiter zurückzuführen. Insbesondere zwischen psychologisch und therapeutisch ausgebildeten Beratern und sog. "allgemeinen Beratern" gibt es charakteristische Vorurteile und Voreingenommenheiten, die bereits die Verständigung über studentische Probleme und ihre möglichen Ursachen behindern und die Suche nach kooperativen Lösungsansätzen von vornherein unmöglich machen. Es muß eine Aufgabe der ArGe sein, durch verschiedene Angebote diese Probleme abzubauen, zu einem besseren gegenseitigen Verständnis in der Arbeit zu gelangen, die gemeinsame Problemgrundlage herauszustellen, gemeinsame und sich ergänzende Aspekte der jeweiligen Beratungstätigkeit, ein ganzheitliches Verständnis der studentischen Situation und schließlich Modelle der Kooperation zu entwickeln.

Dies kann durch regelmäßig im Rahmen der Tagungen der ArGe angebotene gemeinsame Gruppen zu beruflicher Selbsterfahrung, gemeinsame Fallbesprechungen und problembezogene AG's zur Entwicklung abgestimmter oder kooperativer Beratungsmaßnahmen (Kooperationsmodelle) geschehen.

Zu g)

Die Länder sind gesetzlich verpflichtet, an den Hochschulen Beratungssysteme zu etablieren, durch die die Studenten Anstöße und Unterstützung bei ihren Problemlöseprozessen erhalten; dies betrifft sowohl primär kognitive als auch primär emotionale Probleme.

Mit wenigen Ausnahmen kommen die Länder diesem Auftrag in personeller und materieller Ausstattung der Beratungsstellen nicht nach. Die ArGe unterstützt, vor allem durch kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit, alle Bestrebungen gegen selektionsorientierte Beratung und für einen bedarfsgerechten Ausbau der Beratungsangebote. Sie unterstützt als fachpolitische Organisation die Kollegen in ihren konkreten Auseinandersetzungen mit den Hochschulen und Länderregierungen über Beratungskonzepte und Arbeitsbedingungen und gibt im Konfliktfall Stellungnahmen ab. Die ArGe erarbeitet Vorschläge zur Organisationsform und Struktur (z.B. Weisungsrecht, Anbindung, Nutzereinfluß) der Beratungsstellen auf der Grundlage ihrer beschlossenen Prinzipien.

Die Arbeitsgrundlage der ArGe ist das Kollegialitätsprinzip. Dieses muß sich auch in der Organisation der Fort- und Weiterbildung zeigen. Die ArGe fordert sich selbst und den Kollegen ab, kontinuierlich in hochschulpolitischer und beratungsmethodischer Hinsicht ein Selbstschulungsprogramm mit internen und u.U. auch externen Spezialisten durchzuführen. Aber die Berater in der ArGe bleiben im Prinzip selbst Subjekt ihrer Weiterbildung. Darüber hinaus verlangt die ArGe, daß von den Trägern der Beratungsstellen Arbeitszeitanteile für individuelle Ausbildungen freigegeben werden (therapeutische/beratende Verfahren, Supervision etc.).

Quelle: info Studentenberatung Nr. 11, Bochum, Januar 1981

(Redaktioneller Hinweis: Das Plenum der ARGE beauftragte während der Frühjahrstagung 1980 in Münster eine Arbeitsgruppe, bestehend aus C. Leczinsky, ZSB Oldenburg; C. Palm, PTB Bremen; B. Rompeltien, ZSB Essen; G. Schweitzer, ZSB Tübingen; G. Zacharias, ZSB Bremen und B. Zimmermann, ZSB Freiburg, ein Papier zu den Grundprinzipien, der Entwicklung und Organisation der ARGE zu erarbeiten. Dieses Papier lag in einer ersten Fassung dem ARGE-Plenum im Herbst 1980 in Darmstadt vor. Dort wurde der Katalog der Ziele der Arbeitsgemeinschaft verabschiedet. Die Erläuterungen riefen eine lebhaftete Diskussion und teilweise Kritik hervor, so daß eine revidierte, von G. Zacharias erstellte Fassung im Info Nr. 11 als Grundlage für die erneute Diskussion während der Frühjahrstagung 1981 in Bremen veröffentlicht wurde. Eine weitere - hier nicht abgedruckte - Fassung erarbeiteten die Kolleginnen und Kollegen der TH Berlin. Insgesamt versandete die Diskussion jedoch auf den folgenden Tagungen, so daß keine Fassung der Erläuterungen verabschiedet wurde.)

Diskussionsvorschlag zu Struktur und Inhalten der Fortbildung
(Projektbereiche) sowie Organisation der Arbeitsgemeinschaft
vom Januar 1981

A. Struktur und Inhalte der Fortbildung (Projektbereiche)

Um die Fortbildungsarbeit zu strukturieren, wurde schon auf der Freiburger Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Beschluß gefaßt, die zukünftigen Tagungen unter Leitthemen zu stellen. In Weiterentwicklung dieses Beschlusses und auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Studentenberatung und -therapie - wie auch die Fortbildungswünsche der Berater zeigen - sich ständig mit einigen Themen- bzw. Problemkreisen auseinandersetzen muß, wird die Bildung von Projektbereichen vorgeschlagen. Jeder Berater kann in diesen Projektbereichen mitarbeiten. Da die Projektbereiche an den Alltagsproblemen der Berater angesiedelt sind, sollen die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Arbeit in den einzelnen Stellen hier unmittelbar einfließen.

Andererseits sollen die Projektbereiche aber auch anregen, einen kontinuierlichen, kooperativen Diskussionsprozeß zwischen Beratern mehrerer Stellen zu installieren. Im Info der Arbeitsgemeinschaft können die Arbeitsschritte, Teilergebnisse und Berichte der Projektbereiche veröffentlicht werden. Gleichzeitig können die Projektbereiche die Arbeitsgruppen bei den halbjährigen Fortbildungstagungen bilden, wo dann auch der Austausch zwischen den Projektbereichen stattfinden kann.

Die Organisationsform der Projektbereiche kann und soll nicht vorgegeben werden, da sicherlich je nach regionaler Zusammensetzung, Arbeitsweise bzw. Thematik usw. verschiedene Möglichkeiten gegeben sind. Die in einer Vorbereitungssitzung ermittelten Vorschläge für Projektbereiche lauten folgendermaßen:

- Psychosoziale Beratung,
- Gemeinwesenarbeit,
- Multiplikatorenschulung,

- Hochschul- und Bildungspolitik und Studentenberatung,
- Hochschulpsychotherapie,
- Innovation in der Studentenberatung,
- Studienberatung und Hochschuldidaktik,
- Beratung im Gesamthochschulbereich,
Beratung in der Hochschulregion,
- berufsbezogene Selbsterfahrung.

Selbstverständlich kann dieser Katalog erweitert und verändert werden.

Sowohl an den Projektbereichen wie auch an den Fortbildungstagungen sollte die Teilnahme von außerhalb der ArGe stehenden Personen ermöglicht werden. Die Tagungen würden wie bisher von einer oder mehreren Beratungsstellen in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft durchgeführt.

B. Organisation der Arbeitsgemeinschaft

Nach dem Grundsatzbeschuß, auf eine Vereinsgründung zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu verzichten und stattdessen eine innere Organisationsstruktur zu beschließen, wurden in Darmstadt bereits drei gleichberechtigte Sprecher gewählt, deren Amt in Bremen erneut zur Disposition steht. Es wäre auch für die Zukunft ein Sprecherrat anzustreben, der die kontinuierliche Außenvertretung der ArGe übernimmt. Bei Fragen größerer Tragweite könnte eine breitere - aber dennoch organisatorisch zu bewältigende - Abstimmung durch Kontakte mit den Info-Redaktionen der Länder stattfinden.

Festzulegen wäre die jeweilige Wahlperiode des Sprecherrats, die Wahlen selbst können während der Fortbildungstagungen stattfinden.

Weitere Beschlüsse sind zu den Projektbereichen und zur Finanzierung der Arbeit der ArGe zu fassen. Zu den Projektbereichen wird folgender Beschluß vorgeschlagen:

1. Das Plenum beschließt zu bestimmten Themenkreisen Projektbereiche.
2. In den Projektbereichen können neben Studentenberatern auch andere Personen (z.B. nichtberatende Studenten, Experten usw.) mitarbeiten. Die Projektbereiche wählen einen Sprecher bzw. eine Sprecherin.

3. Die Projektbereiche arbeiten kontinuierlich und längerfristig an ihrem Themenkreis. Sie stellen ihre Arbeitsergebnisse auf den Fachtagungen der ArGe und im Info zur Diskussion.

Bei der Finanzierung sind einerseits Mittel für das Info notwendig, andererseits geringe Mittel für Porto und Geschäftskosten. Vorstellbar wäre neben einem reinen Spendenmodell auch die Möglichkeit, durch entsprechende Einnahmen für die Fortbildungstagungen einen finanziellen Grundstock zu erreichen.

Quelle: info Studentenberatung Nr.11, Bochum, Januar 1981

STELLUNGNAHME DER ARBEITSGEMEINSCHAFT ZU DEN STAATLICHEN SPARMAßNAHMEN IM HOCHSCHULBEREICH

Die Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) hat sich auf ihrer Fachtagung vom 25. bis 28. Februar 1981 in Bremen auch mit den staatlichen Sparmaßnahmen im Hochschulbereich befaßt und dazu folgende Stellungnahme abgegeben:

Die Arbeitsgemeinschaft hat die Diskussion und Beschlüsse der politischen Entscheidungsträger über Kürzungen der Finanzmittel für den Hochschulbereich mit Bestürzung zur Kenntnis genommen. Im einzelnen werden die Bundesmittel für den Hochschulbau drastisch gekürzt und die für das Studentenwohnheim ebenfalls stark reduziert. Außerdem ist beschlossen, die Gelder für die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz einzufrieren und den Pflichtdarlehensanteil dabei beizubehalten, obwohl auch der Bundesrechnungshof ihn für unwirtschaftlich hält und seine Abschaffung fordert.

Es ist davon auszugehen, daß die Auswirkungen dieser finanziellen Restriktionen der Bundesregierung durch weitere Sparmaßnahmen der Länder noch verschärft werden, die sowohl ihre eigenen finanziellen Aufwendungen für Gemeinschaftsaufgaben wie Hochschulen und Studentenwohnheimbau reduzieren wollen als auch in sonstigen Bereichen -, beispielsweise den Personalsektor - einen scharfen Sparkurs gegenüber dem Hochschulbereich fahren.

Diese Maßnahmen erfolgen zu einem Zeitpunkt, in dem die Zahl der an Hochschulen in der Bundesrepublik und Berlin (West) Studierenden die Millionen-grenze überschritten hat und weitere geburtenstarke Jahrgänge in den nächsten Jahren die Schulen des Sekundarbereichs verlassen werden, so daß mit einem weiteren Anstieg der Zahl der Studierenden zu rechnen ist. Damit werden die Ausbildungschancen dieser Jahrgänge massiv beeinträchtigt. Schon jetzt ist festzustellen, daß insbesondere die Kinder aus Familien ohne akademischen Hintergrund vom Studium abgeschreckt werden und damit die Öffnung der Hochschulen für sogenannte bildungsferne Bevölkerungsschichten als bildungs-politisches Ziel in den Hintergrund tritt. Die Studentenberater erfahren täglich, wie sich fehlender Wohnraum, überfüllte Lehrveranstaltungen und finanzielle Unsicherheit auf die Lebenssituation der Studierenden auswirken.

Die Folgen dieser nur an der bildungsfeindlichen Finanzpolitik ausgerichteten Bildungs- und Sozialpolitik lassen eine Rückentwicklung der nach wie vor notwendigen hochschulreformerischen Ansätze erwarten und keine Weiterentwicklung im Sinne gesellschaftlich erforderlicher Notwendigkeiten.

Die Arbeitsgemeinschaft fordert deshalb im Einklang mit gewerkschaftlichen Stellungnahmen und Appellen der Westdeutschen Rektorenkonferenz alle poli-tischen Entscheidungsträger dringend auf, sich auf ihre Verantwortung für die Bildung und Ausbildung der jungen Generation zu besinnen und durch entsprechende Prioritätensetzung Ausbildungsförderung, Studentenwohnheim-bau und weiteren Hochschulausbau verstärkt zu fördern.

Beschluß des ARGE-Plenums vom 28.2.1981.

Quelle: info Studentenberatung Nr. 12, Bochum, April 1981.

EntschlieÙung des Plenums der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater
in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) zur
Studienreform vom 6. März 1982

Die Studienberater- und beraterinnen werden durch ihre tägliche Beratungsarbeit ständig mit den Problemen der Studierenden und der Hochschulen konfrontiert. Sie haben daher die Bemühungen, durch eine umfassende Reform des Studiums und der Lehre zur Weiterentwicklung des Hochschulwesens beizutragen, mit Interesse und kritischer Anteilnahme verfolgt. Sie sind nicht nur gesetzlich, sondern vor allem auch auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen legitimiert, zum gegenwärtigen Stand der Studienreformbemühungen Stellung zu nehmen. Dabei ist Studienreform kein Selbstzweck, sondern hat nach dem Selbstverständnis der Arbeitsgemeinschaft von folgenden Prämissen auszugehen:

1. Die Reform muß in erster Linie von den Interessen der Betroffenen, d.h. der Lehrenden und Studierenden, ausgehen und von diesen erarbeitet und umgesetzt werden. Der Einfluß des Staates hat sich auf die Setzung von Rahmenbedingungen zu beschränken. Dies verlangt die grundsätzlich garantierte Freiheit von Lehre und Forschung sowie die daraus abgeleitete Autonomie der Hochschulen.
2. Die Reform hat den unterschiedlichen Gegebenheiten in einem föderativen Staat Rechnung zu tragen. Bundeseinheitliche Regelungen sind notwendig, um die Freizügigkeit im Hochschulbereich zu gewährleisten, jedoch müssen Experimente nicht nur möglich sein, sondern gefördert werden, wenn Studienreform als ständiger Innovationsprozeß und nicht lediglich als technokratische Anpassung an veränderte ökonomische und politische Strukturen verstanden wird.
3. Ziele der Studienreform sollen sein:
 - Festigung der erreichten Öffnung der Hochschulen für größere Bevölkerungskreise, Abbau des Numerus clausus und Verstärkung der Möglichkeiten, mit beruflichen Qualifikationen ein Studium aufzunehmen;
 - Abbau der Hierarchisierung im Hochschulbereich;
 - Entwicklung von Fort- und Weiterbildungsangeboten im Sinne eines "lebenslangen Lernens" einschließlich Ausbildung der Fähigkeit, Berufspraxis zu analysieren und zu reflektieren;
 - Verknüpfung von fachlicher und sozialer Handlungskompetenz als Bildungsauftrag der Gesellschaft an die Hochschule (vgl. § 7 HRG);
 - Einbezug der Berufspraxis von Hochschulabsolventen als notwendigen Lehr- und Forschungsgegenstand in alle Studiengänge;
 - Integration von Lehre und Forschung durch weitgehende Organisation des Studiums im Sinne des "forschenden Lernens" beispielsweise im Projektstudium ;
 - Umgestaltung des Auslese-Prüfungssystems in ein System sinnvoller Rückkoppelung von Lernerfolgen bzw. Mißerfolgen beispielsweise durch studienbegleitende Leistungsnachweise;

- Stärkung einer interdisziplinären und problembezogenen Lehr- und Forschungsstruktur, um wissenschaftliche Entwicklungen in der ganzen Breite ihrer Auswirkungen einschätzen zu können;
 - Verringerung der Orientierungsprobleme und Entfremdungserscheinungen bei den Studierenden durch Stärkung der Hochschuldidaktik und der Orientierungs- und Beratungsangebote.
4. Die Reform hat sich mit dem Ausbau und der inhaltlichen Entwicklung des Ausländerstudiums zu beschäftigen.
Hierbei sind die besonderen Bedürfnisse von Studenten aus Entwicklungsländern und von "Bildungsinländern" (Ausländer mit deutscher Hochschulzugangsberechtigung) in den Vordergrund zu stellen.
Die Studentenberater und -beraterinnen begrüßen in diesem Zusammenhang die von der Ständigen Kommission für die Studienreform im September 1979 verabschiedeten "Grundsätze für Studium und Prüfungen", die eine Weiterarbeit im Sinne der angeführten Prämissen erlauben. Eine Rücknahme dieses Kompromisses würde die weitere Mitarbeit an der Studienreform für viele Hochschulmitglieder unmöglich machen und sie damit zum Scheitern verurteilen.
Die Studentenberater und -beraterinnen werden diese EntschlieÙung in die Arbeit an ihren Hochschulen einbringen und die weitere Ausgestaltung der angesprochenen Punkte auf der Grundlage ihrer Beratungserfahrungen vorantreiben.

Quelle: info Studentenberatung Nr. 15, Braunschweig Mai 1982.

ARGE: VOM KUSCHEL-CLUB ZU BERUFLICH-POLITISCHER INTERESSENVERTRETUNG - EINE POLEMIK

Die Arge, genauer die ArGe-Tagungen waren und sind schön. Ich habe mich dort immer sehr wohl gefühlt, und ich weiß, daß es den Kollegen, die zu den regelmäßigen Besuchern gehören, ähnlich geht.

Das ist schön und notwendig. Diese angenehme Empfindung korrespondiert ganz offensichtlich mit der ganz andersartigen Situation der Kollegen an ihren Hochschulen, die gekennzeichnet ist durch

- mangelnde Anerkennung der Arbeit
- Schwierigkeiten mit Vorgesetzten und Verwaltung
- Vereinzelung
- ständiger Notwendigkeit der Legitimation der eigenen Arbeit
- Minderwertigkeitsgefühle

usw. usw.

Dies scheint mir ein wesentliches Konstituens für die Beliebtheit der Tagungen. Denn demgegenüber trifft man auf den ArGe-Tagungen Zeitgenossen, die einem kein Mißtrauen entgegenbringen, die zu würdigen wissen, was die Schwierigkeiten und manchmal auch positiven Seiten der Arbeit ausmachen, kurz die Verständnis mitbringen. Unter dieser Prämisse ist die ArGe ein Insider-Treffen mit einer an vielen Stellen durchscheinenden Angst, möglichst wenig von dem, was man dort tut, nach außen in womöglich böswillige und unberufene Hände und Köpfe geraten zu lassen. Das drückt sich z. B. aus darin, daß

- Tagungsteilnehmer, die nicht Studentenberater sind, mit großem Argwohn betrachtet und möglichst ferngehalten werden;

- "Experten", die einen Beitrag zur Fortbildung leisten könnten, dem Prinzip der "Kollegialität" geopfert werden;
- man sich schwer tut mit der Veröffentlichung von Arbeitsergebnissen (wenn überhaupt welche vorzeigbar sind), diese stattdessen lieber als "vorläufig" oder "intern" deklariert;
- man gegenüber Hochschulleitungen und anderen die Unklarheit, was ArGe eigentlich sei, nicht aufklären konnte oder wollte und so gleichzeitig die Finanzierung durch die Hochschulen ausnutzte;
- explizite Zielformulierungen, Strukturen, Außenvertretungen mit Argwohn, Skepsis und mit dem Etikett der Überflüssigkeit belegt wurden. *)

Der Insider-Charakter wird auch durch den Namen belegt. Ich meine nicht den Titel "Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)". Wer kennt den schon und kann ihn aussprechen? Nein, ich meine "Die ArGe" - Aaarrge, als welche man sie bei In- und Outsidern kennt. Die Insider wissen, was sie an ihr haben und könnten sie auch "Klara" nennen (was zudem liebevoller wäre und den Grad der Zuneigung besser ausdrücken würde - aber vielleicht ist das meine männliche Sicht) - jedenfalls der nichtssagende Name ist so passend, wie Ziel und Programm, die sich im Namen ausdrücken würden/könnten, als überflüssig gelten.

Die Outsider lieben den Begriff auch und verwenden ihn gern, weil man viel Böses damit assoziieren kann. Ich selbst merke übrigens beim Schreiben, daß ich große Schwierigkeiten habe, zwischen der Organisation ArGe und den ArGe-Tagungen zu trennen, und obwohl ich zur Zeit ein Stück Organisation verkörpere und im Namen "der ArGe" öffentlich Stellung nehme, bereitet sich unterschwellig in meinem Kopf "ArGe" als Synonym für einen bestimmten Typ von Tagung aus ...

Die Tagungen. Der jeweilige Höhepunkt von trister 6 Monaten, wo der genervte Berater (die Beraterin nicht minder) auftankt für

*) So haben die 1980/81 in Darmstadt und Bremen verabschiedeten Zielsetzungen nie eine praktische Bedeutung erlangt.

das folgende Semester, wo man Verständnis findet, wo man nicht Selbstverständliches immer wieder neu klären muß ... siehe oben.

Der Zweck der Tagung, der bei aller erkennbaren Feindschaft gegen Rationalität, Finalität und Ähnlichem geduldet wird, ist der der Fortbildung. Allerdings findet diese Fortbildung statt nach dem Prinzip der Zufälligkeit und der Lust. Die vorläufige Einladung zur Aachener Tagung legt davon ein Zeugnis ab. Die Themen des bunten Reigens der Ags, die dort auf dem offiziellen Einladungsschreiben mit aller Unbekümmertheit aufgelistet werden, sind beeindruckend hinsichtlich ihrer Zentriertheit auf die momentane Befindlichkeit der Kollegen, und so selbstverständlich nicht übermäßig geeignet, die in jüngster Vergangenheit hin und wieder als notwendig beschworene Außenwirkung von ArGe (-Tagungen) zu verbessern. Weder waren Sprecher und Organisatoren in der Lage noch die Kollegen willens, ein in Berlin als brennend benanntes Rahmenthema ausreichend zu füllen. Die "Fortbildungs-"tagung verliert damit freilich auch ihre Zielgerichtetheit, wird zufällig, gehorcht der Lust.

So ist es nicht zufällig, daß beim Durchblättern alter Tagungsprotokolle und Einladungen die dort behandelten Themen merkwürdig bekannt erscheinen. Die Frage ist, ob die Wiederholbarkeit beliebig ist. Bis jetzt hat sie nicht wesentlich gestört. Dies in Verbindung mit den oben beschriebenen Phänomenen, der Scheu vor Öffnung, vor Veröffentlichung läßt mich behaupten, daß "Fortbildung" das Mäntelchen ist, unter dem man gut kuscheln kann.

Mit aller mir zur Verfügung stehenden Boshaftigkeit und unter Verwendung einer beliebten Metapher aus der Küche behaupte ich zusammenfassend, daß die ArGe mit ihren Tagungen (und darüber hinaus ist sie kaum zu erkennen) stark im eigenen Saft bruzzelt. Das war historisch eine notwendige Phase zur Stabilisierung und zur Findung des Selbstverständnisses der Kollegen, und herausgekommen ist ein Mahl, das auch mir immer wieder hervorragend gemundet hat; jedoch kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren,

daß der Saft langsam verkocht und wir dringend eine neue Orientierung benötigen. Anzeichen gibt es dafür aus der jüngsten Vergangenheit einige:

- Die Diskussion über zukünftige veränderte Organisationsformen verstummt nicht; sondern erhält immer neue Nahrung und nimmt eher an Schärfe zu;
- Ein Sprecherrat ist etabliert und als Organ wohlgeleitet;
- Politische Stellungnahmen und damit eine Profilierung in der Öffentlichkeit finden statt;
- Der Ruf nach einer strafferen zielgerichteten Ausrichtung der Tagungen (Stichwort "Rahmenthema") gewinnt an Breite;

Dies sind Diskussionspunkte die m. E. vor wenigen Jahren noch in der ArGe auf breite Ablehnung gestoßen wären. Ihr Vorhandensein zeugt von einem neuen Bewußtsein und vor allem Selbstbewußtsein. Sie sind Ausdruck der Professionalisierung, die die Studentenberatung erlebt. Damit einher geht eine Verfestigung, Routinierung, Standardisierung der Arbeitsvollzüge und -inhalte. Studentenberatung hat ihren vergleichsweise festen Platz an den Hochschulen gefunden. Wir müssen nicht mehr täglich um unsere Anerkennung und Existenzberechtigung kämpfen auf der Ebene, daß wir jeden Tag einem Ignoranten erklären müssen, was Berater eigentlich den ganzen Tag treiben und wie sie damit ausgelastet sind (höchstens noch jeden zweiten oder dritten).

Das Anwachsen des Selbstbewußtseins geht so weit, daß wir wie in der BAFÖG-Resolution unsere Arbeitserfahrungen heranziehen, um uns öffentlich in politische Auseinandersetzungen einzumischen.

Wachsende Arbeitsroutine auf der einen Seite, Verringerung der personellen Fluktation in den Beratungsstellen andererseits bei gleichzeitiger Vergrößerung der Zahl hauptamtlicher Berater bedingen, sich gegenseitig verstärkend, daß das Kuschelbedürfnis nicht mehr der allein ausreichende Anlaß für zwei Tagungen im

Jahr sein kann, bzw. daß dieses Bedürfnis in dem Rahmen nicht mehr hinreichend befriedigt wird.

So sehr das dem Gefühl widerspricht und deshalb auch erst langsam in meinen Kopf gedrungen ist: Diese Professionalisierung ist die Voraussetzung, unsere beruflichen Interessen nunmehr organisiert geltend machen zu können. Dies sind beruflich-fachliche Interessen ebenso wie solche, die zu den klassisch-gewerkschaftlichen Betätigungsfeldern gehören. Anlaß gibt es auch genug:

- Vergütungs- und Eingruppierungsprobleme bei Beratern und Verwaltungspersonal der Beratungsstellen
- Leitungs- und Einordnungsprobleme in die Hochschulhierarchie
- Stellen- und Mittelkürzungen
- Aufbau von Landesstellen
- Erlaß von Beratungsrichtlinien auf Landesebene
- Durchsetzung von Fortbildungsinteressen
- Überprüfung von Beratungseffizienz
- Einführung technischer Medien

und sozusagen als fachliches Generalthema

- die psychische und pädagogische Befindlichkeit unser Klientel
 - ° Aufklärung darüber in der Öffentlichkeit
 - ° Entwicklung geeigneter Interventionsstrategien.

Wenn ich darüber schreibe, zeichnet sich in meinem Kopf - ohne daß ich dies jetzt eingehender reflektiert hätte oder reflektieren wollte - eine beraterische Fachgesellschaft ab, die sich eng an eine Gewerkschaft anlehen sollte. So wie z. B. einer der Journalistenverbände der IG Druck angeschlossen ist.

Da diese Gesellschaft Interessen vertreten soll, ist sie ohne Organisationsstruktur mit Mitgliedschaft und Vertretungsorgan(en) nicht denkbar.

Da diese Gesellschaft schließlich - und in der Tradition der ArGe-Tagungen müßte ich sagen: vor allem - nicht nur Fortbildungsinteressen gegenüber Dienstherren vertritt, sondern auch in konkreten Angeboten aufgreift und zudem die Auseinandersetzung mit der interessierten Öffentlichkeit sucht, veranstaltet sie periodisch Fachtagungen mit diesem Ziel. Hier wird jeweils ein Thema, das aktuell für die Beratungsarbeit und ihre weitere Entwicklung bzw. für die Klientel von Bedeutung ist, öffentlich in geeigneten Veranstaltungsformen (es ist anderes als viele Arbeitsgruppen möglich!) behandelt.

Die Tagungen stehen Mitgliedern wie Nicht-Mitgliedern offen (letztere zahlen selbstverständlich einen höheren Teilnehmerbeitrag als erstere) und der wichtige und geschätzte und notwendige informelle Austausch ist dort möglich und ist nicht nur auf Mitglieder beschränkt und wird schon gar nicht durch vereinspolitische hick-hack Diskussionen ersetzt. Die Mitgliederversammlung findet praktischerweise selbstverständlich am Rande der Tagung statt.

Dienstreisen wird es, wenn die Tagungen seriös und nach einem überzeugenden Konzept des Vereins aufgezogen werden, eher geben als jetzt.

Bei diesen Zeilen entsteht vor meinem geistigen Auge ein Verein und ein Tagungstyp wie die AHD und ähnliches. Auf solche konkreten Überlegungen will ich mich aber hier nicht einlassen. Aber:

Retten wir die ArGe, indem wir sie gründlich umkrempeln!

Gerhard Zacharias, Bremen

Die Etablierung der ARGE seit Mitte der siebziger Jahre

Daten wie Teilnehmerzahlen, Höhe der Tagungsbeiträge, Vorträge von Experten, Rektoratsempfänge und Kulturprogramme sowie eine nunmehr siebzehnjährige ununterbrochene Tagungsgeschichte beweisen eindeutig: die ARGE ist etabliert. Aber kann sie - kurz vor der Volljährigkeit - auch selbständig und eigenverantwortlich sprechen und handeln?

Und - als was hat sie sich etabliert?

Die ARGE als Tagungsgeschehen

Unzweifelbar findet ARGE zweimal im Jahr in der Gestalt von Tagungen statt. Dabei hat sich seit Herbst 1979 eine relativ feste Zeitstruktur herausgebildet:

- Anreise und Beginn am Mittwoch mit einem ersten - in letzter Zeit offiziellen (Eröffnungsvortrag) - Treffen,
- Donnerstag und Freitag Plenum zur Vorstellung der Arbeitsgruppen, Arbeit in den Arbeitsgruppen und Plenum zum Austausch der Arbeitsergebnisse,
- Samstagvormittag ARGE-Plenum (Berichte, Wahlen, Kritik usw.)

Versuche, die Tagung nach dem Bausteinprinzip stärker zeitlich zu gliedern (Gelnhausen, Frühjahr 1985) haben sich nicht bewährt - wohl aber das Experiment, Tagungen gelegentlich nicht in Universitäten sondern in Tagungshäusern außerhalb abzuhalten (Herbst 1984, Frühjahr 1985).

Ein ständiges Problem war und ist, daß beim ARGE-Plenum am Samstagvormittag häufig nur ein kleiner Teil der TagungsteilnehmerInnen präsent ist. Folgt man/frau jedoch der Logik, daß Tagung nicht gleich ARGE zu setzen ist, so wird solches Verhalten logisch und konsequent. Meine These wäre: Die ARGE-Tagungen haben inzwischen den Charakter von öffentlichen Veranstaltungen, d.h. sie sind im Prinzip für jede und jeden am Thema Interessierte(n) zugänglich. Das schließt nicht aus, in begründeten Ausnahmefällen die Teilnahme an einzelnen Arbeitsgruppen von bestimmten Voraussetzungen (z.B. bestimmten Vorerfahrungen) abhängig zu machen. Ein Plädoyer also für die weitere Öffnung der Tagungen sowohl für Betroffene (z.B. StudentInnen, SchülerInnen, Eltern) als auch BeraterInnen aus anderen Bereichen (Studentenwerke, Studiengänge, Studentengemeinden, Arbeitsamt usw.).

Anregen möchte ich auch den Versuch, die Tagungen unter ein abgegrenztes Rahmenthema zu stellen, wiederaufzunehmen. Dabei ist unterschiedlichen Erwartungshaltungen der TeilnehmerInnen wie z.B. ergebnisorientiert versus prozeßorientiert; Erfahrungsaustausch versus Vermittlung von Expertenwissen; psychotherapeutische, psychosoziale und informativ-beraterische Interessen Rechnung zu tragen. Eine solche Konzeption verlangt allerdings eine stärkere inhaltliche Planung und Koordination der Tagungen auf der Grundlage entsprechender Diskussionen im ARGE-Plenum. Darüberhinaus sollte die in Freiburg (Herbst 1988) begonnene Auseinandersetzung fortgeführt werden und nicht mit zwei Artikeln im ARGE-Rundbrief Nr. 4 (D. Chur, R. Schulz) enden.

Die ARGE als Institution

Obwohl das Plenum mehrfach die Gründung eines eingetragenen Vereins abgelehnt hat, ist die ARGE eine Institution - allerdings eine mit sehr lockeren Strukturen. Schon die Frage, wer eigentlich "Mitglied" der ARGE sei, also Stimmrecht im Plenum hat, ist nicht geklärt. Auch die Funktion des SprecherInnenrates ist eher unbestimmt. Zwar existieren Plenarbeschlüsse vom Herbst 1984 zur "Ressortaufteilung" und zum Recht (auch Pflicht?) der SprecherInnen, auch zwischen den Tagungen zu einschlägigen Fragen öffentlich Stellung zu nehmen, doch scheint diese Praxis wenig entwickelt. Selbst so relativ simple - aber mit einem gewissen Arbeitsaufwand verbundene - Probleme wie ständig aktualisierter Verteiler, Archiv, Finanzen harren weiter bzw. wieder der Lösung.

Auch die 1980/81 einstimmig verabschiedeten Ziele der Arbeitsgemeinschaft wären auf ihre Umsetzung in praktisches Handeln, sei es durch die Bundes-ARGE, die Länderzusammenschlüsse oder einzelne Beratungsstellen abzuklopfen. Insofern scheint mir die "Polemik" von Jens Brömer (August 1983) bis heute nichts an Aktualität eingebüßt zu haben.

Die ARGE und die ANDEREN

Berührungspunkte hat es in der ARGE-Geschichte viele gegeben, vielleicht aus Unsicherheit mit der eigenen Selbstdefinition, doch nach wie vor gilt es, einen kontinuierlichen Informations- und Diskussionsprozeß mit dem institutionellen Umfeld der Studentenberatung in Gang zu halten. Dies kann nur arbeitsteilig geschehen und es sind mehr Personen als nur die SprecherInnen zu beteiligen. Ganz gut funktioniert es in den letzten Jahren mit der WRK-Arbeitsgruppe Studienberatung, doch wer hält beispielsweise Kontakt zum Deutschen Studentenwerk (DSW), der Vereinigten Studentenschaft (vds), der Arbeitsgemeinschaft Hochschuldidaktik (AHD), den Gewerkschaften (GEW, ÖTV), dem euro-

päischen Zusammenschluß von an Studienberatung Interessierten (FEDORA), der Berufsberatung usw? Sicher ist hier die eine Kollegin oder der andere Kollege tätig, doch wie kann sichergestellt werden, daß die gewonnenen Informationen auch die Berater und Beraterinnen erreichen?

Neben dieser institutionellen Ebene ist der Wissenstransfer aus der Wissenschaft zu organisieren. Könnte die ARGE hier eine Servicefunktion anregen oder gar übernehmen?

FAZIT

Die ARGE hat sich - wie Studentenberatung auch - etabliert. Ob sie sich konsolidiert hat, in (bildungs-) politisch härteren Zeiten mehr als das eigene Überleben im Auge haben wird, ist nicht entschieden.

Kraft, Erbauung und Anstöße zur Reflexion für die alltägliche Beratungsdienstleistung scheint sie allerdings wie eh und je zu spenden.

A N H A N G

C H R O N O L O G I E

der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater
in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)
am Beispiel ihrer Zusammenkünfte und Tagungen

Zusammengestellt von Gerhard Zacharias (Universität Bremen)

07.10.1972

Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater an Hochschulen (später: Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) in Frankfurt bei einer ersten Zusammenkunft von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Psychotherapeutischer Beratungsstellen aus 6 Hochschulen. Bildung eines Gründungsausschusses, der den 1. Satzungsentwurf am 2.6.1973 erarbeitet. Beginn der ersten Institutionalisierungsdebatte.

29.06.1973

Mitgliederversammlung in Bochum

Heftige Kontroverse um den Satzungsentwurf des Gründungsausschusses, u.a. um die Frage, ob Patienten/Studenten Stimmrecht haben sollen (anwesend waren Heidelberger und Bochumer Patienten), mit dem Ergebnis, daß den Patienten 1/3 der Stimmen im Plenum eingeräumt werden soll. Nach diesem Beschluß Auszug von Beratungsstellen aus der Versammlung.

16./17.07.1973

Sitzung des Gründungsausschusses in Heidelberg
Weiterführung der Satzungsdiskussion. Verabschiedung einer Resolution an die Kultusministerkonferenz (KMK), die "aufs Schärfste die Liquidierung der psychologisch-therapeutischen Beratungsstellen" durch Planungsüberlegungen der KMK-Arbeitsgruppe "Schul- und Studienberatung" verurteilt.

13.12.-15.12.1974

Beratertreffen in Bielefeld

mit den Tagesordnungspunkten

- Erfahrungsaustausch
- kritische Beurteilung der Entwicklung von Beratungs- und Therapiekonzepten unter Berücksichtigung der Hochschulgesetzgebung,
- überregionale Zusammenarbeit zum Zwecke eines einheitlichen Dokumentationssystems,

- Zusammenarbeit mit anderen Beratergruppen, Berufsverbänden, Mitarbeit in Gewerkschaften.

23.05.-25.05.1975 Beratertreffen in Marburg

mit u.a. den Themen

- Diskussion des Entwurfs des Hochschulrahmengesetzes,
- Aufgabenbereiche und Tätigkeitsstruktur des Studentenberaters - Studienberatung und Psychotherapie

30.09.-02.10.1976 Tagung in Bremen

Themen (Auswahl)

- Probleme der Zusammenarbeit und der Rollenverteilung bei Psychologen und Studienberatern mit anderer Ausbildung,
- Konzepte für prophylaktische Maßnahmen in der Studentenberatung und/oder Hochschulplanung (Hochschuldidaktik, Reformmodelle),
- Erfahrungen mit Gruppenarbeit für studentische Problembereiche.

Resolution "Wachsende Studentenprobleme erfordern Ausbau der Beratung im Hochschulbereich" verabschiedet.

24.02.-26.02.1977 Tagung in Bochum

Themen (Auswahl):

- Beratung im Studentenbereich mit den Schwerpunkten: Zusammenarbeit der Berater mit unterschiedlicher Ausbildung, Einsatz von Multiplikatoren, Organisations- und Anbindungsprobleme der Beratungsstellen,
- Studieneingangsberatung,
- Tests in der Studienberatung und beim Zulassungsverfahren / Problematik psychologischer Gutachten.

Resolution "Studentenberater lehnen Hochschulzulassungstests ab" verabschiedet. Beginn der zweiten Institutionalisierungsdebatte. Übergang zur Struktur der Fachtagung mit vorgeplanten Arbeitsgruppen.

22.09.-24.09.1977 Fachtagung in Tübingen

Themen der Arbeitsgruppen:

- Leistungsstörungen,
- Kooperation mit der Studienfachberatung,
- Supervision, Reflexion der eigenen Arbeit.

Resolution gegen die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft an den Universitäten Baden-Württembergs verabschiedet.

02.03.-04.03.1978 Fachtagung in München

Themen der Arbeitsgruppen:

- Studentische Selbsthilfe,
- Studieneingangsberatung,
- Prophylaxe im sozialen Umfeld von Studenten.

Kontroverse Diskussion um die Teilnahme der Sozialberater der Studentenwerke an der Tagung. Ablehnung einer vereinsmäßigen Institutionalisierung der ARGE. Bildung einer Sprechergruppe, bestehend aus der Info-Redaktion und einem Vertreter der die nächste Tagung ausrichtenden Stelle.

08.10.-10.10.1978 Fachtagung in Marburg

Themen der Arbeitsgruppen:

- Aus- und Fortbildung von Multiplikatoren (Tutoren),
- Psychotherapie mit Studenten in Gruppen - ein Erfahrungsaustausch,
- Institutionenberatung im prophylaktischen Sinne.

Verabschiedung einer Resolution gegen die Kündigung einer Kollegin (die u.a. mit Äußerungen auf einem ÖTV-Flugblatt begründet wurde). Kritische Diskussion des Entwurfs eines Gesetzes über den Beruf des Psychotherapeuten sowie eines Urteils des Landesarbeitsgerichts Hamm (vgl. ARGE-Info Nr. 7) mit dem Tenor, Berater hätten den sich ihnen anvertrauenden Studenten glaubwürdig die Grundwerte der Verfassung zu vermitteln.

01.03.-04.03.1979 Fachtagung in Berlin

Themen der Arbeitsgruppen:

- Auswirkungen der Landeshochschulgesetze auf Studienberatung und Studiensituation,
- Beratung im Fachhochschulbereich,
- Studentenberatung als Gemeinwesenarbeit.

Kritische Diskussion über die von der WRK für Juni 1979 in Hamburg geplanten Fortbildungstagung für Studentenberater. Verabschiedung einer Presseerklärung zu den Ergebnissen der Tagung.

27.09.-29.09.1979 Fachtagung in Freiburg

Themen der Arbeitsgruppen.

- Auswirkungen der Hochschulgesetze auf Studentenberatung und Studiensituation (Fortsetzung),
- Studentenberatung als Gemeinwesenarbeit (Fortsetzung),
- Institutionenberatung,
- Studienvorbereitende Beratung.

Stellungnahme der ARGE zur Frage der Fortbildung verabschiedet (mit Bezug auf die auf den Januar 1980 verschobene WRK-Fortbildungstagung in Hamburg). Beschluß, zukünftige ARGE-Tagungen unter folgende Haupt- oder Leitthemen zu stellen:

1. Struktur und Organisation der Fortbildung der Studentenberater in der Arbeitsgemeinschaft,
2. Tendenzen der Hochschul- und Bildungspolitik im Hinblick auf die Studentenberatung,
3. Psychosoziale Beratung: Methoden und Projekte,
4. Studienberatung: Methoden und Projekte,
5. Psychotherapie für Studenten.

Diskussion über Probleme, die durch die stark gestiegenen Teilnehmerzahlen bei den Tagungen entstehen.

06.03.-08.03.1980 Fachtagung in Münster

Themen der Arbeitsgruppen:

- Studienberatung an Fachhochschulen,
- Medieneinsatz in der Studienberatung,
- Zusammenarbeit von Studienberatung und Berufsberatung,
- Konzepte der Institutionenberatung,
- Besonderheiten der psychotherapeutischen Arbeit mit Studenten,
- Schwierige Fälle zwischen Beratung und Therapie.

Beginn der dritten Institutionalisierungsdebatte (in einer außerordentlichen Arbeitsgruppe) unter Einbeziehung der Diskussion zu Inhalten und Organisationsformen der Fortbildung. Verabschiedung eines Protestbriefs zur Kündigung eines PBS-Mitarbeiters in Süddeutschland.

17.09.-20.09.1980 Fachtagung in Darmstadt

Themen der Arbeitsgruppen:

- Strukturelle Probleme in Beratungsstellen (dargestellt an einem Planspiel),
- Beratung an Fachhochschulen (Fortsetzung),

- Möglichkeiten des Medieneinsatzes in Beratungsstellen,
- Alternative Beratungsmethoden,
- Selbsthilfegruppen in der Studien- und Studentenberatung.

Ausführliche Beratung des von der in Münster eingesetzten Arbeitsgruppe entworfenen Arbeitspapiers zur Institutionalisierung und Weiterentwicklung der ARGE. Verabschiedung des Zielkatalogs und Installierung eines dreiköpfigen Sprecherrats als "vorläufiges Organ" der ARGE. Trotz Übereinstimmung, einen höheren Verbindlichkeitsgrad der ARGE zu erreichen, erneute Ablehnung einer Vereinsgründung. Diskussion des Verhältnisses zum Gesundheitsausschuß des Deutschen Studentenwerks (DSW) und zur Arbeitsgruppe Studienberatung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK).

25.02.-28.02.1981

Fachtagung in Bremen

Themen der Arbeitsgruppen:

- Studienberatung an Fachhochschulen (Fortsetzung),
- Strukturell bedingte Konflikte innerhalb von Beratungsstellen,
- Therapeutische Gruppenarbeit mit Studenten,
- Alternativen in Beratung und Therapie (Fortsetzung),
- Schweigepflicht und Datenschutz in der Studentenberatung,
- Mitarbeit von Studenten in der Beratung,
- Kooperation von Studienberatung und Berufsberatung.

Die Diskussion des überarbeiteten Papiers zur Institutionalisierung und Weiterentwicklung der ARGE, insbesondere zum Vorschlag, Projektbereiche zu schaffen, endet ohne Beschlüsse. Ver-

abschiedung der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft zu den staatlichen Sparmaßnahmen im Hochschulbereich und eines in der gleichnamigen Arbeitsgruppe verfaßten Papiers zur Kooperation von Studien- und Berufsberatung.

23.09.-26.09.1981 Fachtagung in Tübingen

Themen der Arbeitsgruppen:

- Alternativen in Beratung und Therapie (Fortsetzung),
- Therapeutische Gruppenarbeit mit Studenten (Fortsetzung),
- Themenzentrierte Selbsterfahrung in der Beratung,
- Strukturierte Gruppen in der psychologischen Studentenberatung,
- Studienreform,
- Datenschutz in der Studentenberatung (Fortsetzung),
- Welches Selbstverständnis als Studentenberater schaffen wir uns aus unseren konkreten Arbeitserfahrungen.

Es wird erstmals ein Rahmenthema für die nächste ARGE-Tagung beschlossen.

03.03.-06.03.1982 Fachtagung in Braunschweig

Rahmenthema: Wie können wir mit Sinn- und Identitätskrisen im Hochschulbereich umgehen?

Themen der Arbeitsgruppen:

- Alternativen in Beratung und Therapie (Fortsetzung),
- Studienreform (Fortsetzung),
- Hochschulen: Garten der Lüste oder Frustmaschine?
- 1989 an der Hochschule - schaffen die psychotherapeutischen Beratungsstellen den passenden Studenten dafür?
- Studienberatung und Öffentlichkeitsarbeit,

- Probleme bei der Beratung ausländischer Studenten,
- Wie erlebe ich meine Berufsrolle als Studienberater?
- Bildung von studentischen Selbsthilfegruppen im Hochschulbereich.

Verabschiedung der EntschlieÙung der Arbeitsgemeinschaft zur Studienreform. Diskussion einer neuen ARGE-Tagungsstruktur.

22.09.-25.09.1982 Fachtagung in Bochum

Themen der Arbeitsgruppen:

- Beratung zwischen Öffnung der Hochschulen und quantitativen und qualitativen Restriktionen,
- Unibilder - Welchen Begriff von Hochschule und Studium können wir Studienanfängern vermitteln?
- Therapeutische Arbeit mit Frauen und eigene Standortbestimmung,
- Quo vadis - Ausländerstudium?
- Selbsthilfegruppen für Studenten,
- Supervision,
- Berührung - Beratung - Angst,
- Handbuch zur Studien- und Berufsentscheidung,
- Psychotherapie mit Studenten,
- beRATung und liteRATur.

Angesichts 10 inhaltlich sehr unterschiedlicher Arbeitsgruppen wird eine stärkere Strukturierung und inhaltliche Konturierung der Tagungen diskutiert. Erneuter Vorschlag eines Rahmenthemas. Erstmals Moderation einer Arbeitsgruppe durch einen hauptberuflichen Gewerkschaftler (Gerd Köhler, GEW). Resolution zur Nichtbesetzung offener ZSB-Stellen in einer hessischen Universitätsstadt verabschiedet.

02.03.-05.03.1983 Fachtagung in Berlin

Rahmenthema: Studentenberatung - von studentischer Selbstorganisation zur Verwaltungsdienstleistung?

- Das Problem der Langzeitstudenten - Studium ... und kein Ende?
- Das Verhältnis von Berufsorientierung und Studienwunsch,
- Blues in der Psychologischen Beratung,
- Beratung für behinderte Studenten,
- Quo vadis - Ausländerstudium? (Fortsetzung),
- Rechtliche Stellung der Studienberatung,
- Berührung - Beratung - Angst (Fortsetzung),
- Kollegiale Weiterbildung der KollegInnen aus den Clearingstellen,
- Studienberatung und Öffentlichkeit,
- BAFÖG-Kahlschlag / Elite-Hochschule / soziale Auslese,
- Bildschirmtext in der Studienberatung.

Kontroverse Diskussion um die Frage, ob im ARGE-Plenum politische Stellungnahmen verabschiedet werden sollen. Verabschiedung einer Resolution zum Bericht der Kommission "Ausländerpolitik" beim Bundesinnenminister. Teilnahme eines britischen und eines dänischen Kollegen an der Tagung. Beginn der Fortbildung für die Kolleginnen und Kollegen aus den Clearingstellen/Sekretariaten. Beginn der vierten Institutionalisierungsdebatte.

21.09.-24.09.1983 Fachtagung in Aachen

Das in Berlin vorgeschlagene Rahmenthema "Medien in der Studienberatung" konnte nur ansatzweise verwirklicht werden.

Themen der Arbeitsgruppen:

- Kollegiale Fortbildung für nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen der Beratungsstellen,
- Quo vadis - Ausländerstudium? (Fortsetzung),

- Beratung für behinderte Studenten (Fortsetzung),
- Bildungspolitische Entscheidungen - ihre Auswirkungen auf die Beratungsarbeit,
- Psychosoziale Situation und Befindlichkeit der Studenten - Ergebnisse der 10. Sozialerhebung 1982,
- Studienmotivation und Zukunftsperspektive - wie verhalte ich mich als Berater?
- Diagnostik und Menschenbild in der psychologischen Beratung,
- Die Unlust an der Beratung,
- Video - sein Einsatz in der Studentenberatung,
- BTX - Bildschirmtext.

Unter dem Motto "Vom Kuschel-Club zu beruflich-politischer Interessenvertretung" (einer "Polemik" von Jens Brömer) wird heftig und kontrovers über Inhalte und Organisationsform der ARGE gestritten. Die Abstimmung ergibt 21 Stimmen für, 22 Stimmen gegen Vereinsgründung bei 7 Enthaltungen. Eine Resolution zur Beratung behinderter Studenten wird verabschiedet.

21.03.-24.03.1984

Fachtagung in Essen

Rahmenthema: Weiterentwicklung der überregionalen Kooperation in der Studentenberatung

Themen der Arbeitsgruppen:

- INFO: Austausch an Informationen, Ideen, Erfahrungen, etc.,
- Fortbildung der MitarbeiterInnen in der Studentenberatung,
- Informations- und Erfahrungsaustausch als Gegenstand von Fachtagungen,
- Vermittlung von Erfahrungen, Erkenntnissen, Einschätzungen aus der Studentenberatungsarbeit in die Hochschul- und Bildungspolitik,

- Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Studentenberatung und beratungsrelevanter Forschung.

Die Diskussion über Themen wie "Was ist die ARGE", "Was geschieht, was sollte auf ARGE-Tagungen geschehen", läßt jede Menge Kontroversen aufbrechen; als Ergebnis der heftigen Diskussion bleibt eine - auf der nächsten Tagung angezweifelte - Abstimmung überliefert, in der mit 30:5 Stimmen festgehalten wird, daß die ARGE auch künftig als Mitveranstalter der Tagungen auftreten soll. Das letzte ARGE-Info der alten Generation ist mit Nr. 20 im Februar 1984 erschienen; eine neue, professioneller gemachte Publikation soll an seine Stelle treten. Die nächste Tagung soll erstmals außerhalb einer Hochschule in einem Tagungshaus stattfinden.

19.09.-22.09.1984

Fachtagung im Burckhardthaus Gelnhausen

(Veranstalter: ZSB der Gesamthochschule Kassel und ARGE)

Rahmenthemata: Weiterentwicklung der Studienberatung, Krise des Arbeitsmarkts, Veränderungen in der Beratungsarbeit mit Schülern, Studierenden und Absolventen.

Themen der Arbeitsgruppen:

- Meine Kräfte und Energien als Berater (erlebnisorientierte Gruppenarbeit),
- "Gesprächsführung" für nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen in den Beratungsstellen,
- Studienausgangsberatung und Auswirkungen perspektivischer Arbeitslosigkeit,
- Diagnose und Beratung bei Arbeits- und Lernstörungen.

Die Wahl der Sprecher erfolgt nunmehr für ein Jahr (früher von Tagung zu Tagung); es sollen "Ressorts" eingeführt werden (Info, Öffentlich-

keitsarbeit/Presse, Aus- und Fortbildung), und die Sprecher werden legitimiert, auch zwischen den Tagungen zu relevanten Fragen, die die Arbeitsgemeinschaft betreffen, öffentlich Stellung zu nehmen. Weiter wird die mögliche Rolle von externen Experten auf ARGE-Tagungen diskutiert sowie die Bildung von Zeitblöcken (Bausteinprinzip). Das neue Info-Projekt, das in der Herausgabe der Zeitschrift für Theorie und Praxis der Studien- und Studentenberatung endet (die erste Ausgabe erscheint im Frühjahr 1985), wird diskutiert.

05.03.-09.03.1985

Fachtagung im Burckhardthaus Gelnhausen

(Veranstalter: Büro für Studienberatung Gießen und ARGE)

Rahmenthema: Wissenschaftliche Ressourcen - studienberaterische Praxis.

Themen der Arbeitsgruppen:

- Rollenprobleme in der Tätigkeit als Studien-/Studentenberater (Einführung und Leitung: D. Göschel, GH Kassel),
- Rollenprobleme von nichtwissenschaftlichen und nebenberuflichen Angestellten in der Studien-/Studentenberatung (Einführung und Leitung: Dipl.Psych. Marianne Gutmann, Bonn)

Erste Vortragsrunde (jeweils mit anschließender themenspezifischer Arbeitsgruppe):

- Berufsperspektiven für arbeitslose Lehrer? (Frau Prof. Dr. J. Herlyn, Universität Göttingen),
- Die Bedeutung der Bildungslaufbahn in subjektiver biographischer Perspektive (Dr. H. Wolf, Universität Bielefeld),
- Verschiedene Zielsetzungen bei verschiedenen Interventionsformen im psychosozialen Bereich (Frau Prof. D. E. Jaeggi, TU Berlin).

Zweite Vortragsrunde (mit Arbeitsgruppen):

- Können Selbsthilfegruppen institutionalisiert werden? Beginn, Bestand und Beendigung eines Programms "Selbsthilfegruppen"
(Frau Dipl.Psych. E. Troje, Universität Frankfurt),
- Hochschulische Studienbedingungen in der Wahrnehmung von Absolventen dreier Fächer - Ergebnisse aus der Kasseler Absolventenstudie
(Dr. Michael Buttgereit, GH Kassel),
- Psychosoziale und institutionelle Bedingungen studentischer Identitätsentwicklung und -krisen
(Prof. Dr. H.J. Krüger, Universität Gießen).

Daneben wurden zwei Referate (zu Beginn und zum Ende der Tagung) gehalten:

- Die soziale Lage der Studenten
(Prof. Dr. H.E. Folz, Universität Marburg, Präsident des Deutschen Studentenwerks),
- Rechtliche Probleme des Hochschulzugangs
(Rechtsanwalt Dr.P. Hauck, Marburg).

Seit dieser Tagung gibt es regelmäßig Experten-vorträge. Die verlängerte Tagungsdauer (Anreise bereits Dienstag) wird für die Zukunft ebenso verworfen wie das zeitlich gedrängte Konzept mit mehreren Vortragsrunden. Es wird erneut vereinbart, daß zukünftig die Tagungen von der einladenden Beratungsstelle in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft ausgerichtet werden. Ein Kollege/eine Kollegin der die nächste Tagung ausrichtenden Stelle soll vom Sprecherrat jeweils kooptiert werden.

18.09.-21.09.1985

Fachtagung in Münster

Rahmenthema: Die 90er Jahre - neue Wege in der Studienberatung?

Themen der Arbeitsgruppen:

- Der neue Student oder: Wie Studienberatung dazu beitragen kann, daß Studieren wieder Spaß macht,
- Frauen im Studium - Frauen in der Hochschule,
- Der Studienberater wird älter oder: Was heißt Professionalisierung im Berufsalltag?
- BTX - Is' wohl nix! - Neue Technologien in der Studienberatung,
- Veränderungen in der Studententherapie,
- Soziale Fragen nehmen zu - wie geht die Studienberatung damit um?
- Nicht-Wissenschaftler in Beratungsstellen.

Eine neue Qualität der Beziehungen zwischen der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) und der Arbeitsgemeinschaft wird durch den Vortrag zum Rahmenthema von Prof. Dr. Franz Fippinger (Vizepräsident der WRK) auf der Tagung deutlich. Diskussion über Finanzierungsprobleme der Zeitschrift.

05.03.-08.03.1986

Fachtagung in Hannover

Themen der Arbeitsgruppen:

- Psychodramaelemente in der Einzelberatung bei "Ja-aber"-StudentInnen,
- Fachwechsel als Krise - studienbegleitende Beratungsgruppen als Bewältigungshilfe,
- Die Rolle der Studienberatung bei der Beratung und Betreuung ausländischer Studierender und ausländischen Studienbewerber,
- Senioren - eine neue Studentengeneration?
- Nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen in Beratungsstellen,
- Studium der Ingenieurwissenschaften,
- Studienrealität und Erwartungen an die Studienberatung in den neunziger Jahren - Zumutung oder Herausforderung?

Außerdem drei Expertenvorträge mit Diskussion zu den Themen:

- Aktuelle Ergebnisse aus Studienberechtigten- und Studentebefragungen
(Dr. H. Griesbach, HIS AG, Hannover)
- Familientherapeutische Modellvorstellungen
(Dr. H. Ferner)
- Der Ingenieurstudent - frei von Problemen?
(Dr. W. Neef, Institut für Medienpädagogik und Hochschuldidaktik der TU Berlin)

Eine Diskussion mit Abstimmung darüber, ob auch Nicht-Studienberater am ARGE-Plenum teilnehmen können, bringt kein klares Meinungsbild (13:13 Stimmen). Der Sprecherrat wird aufgefordert, hierzu bis zur nächsten Tagung eine Vorlage zu erarbeiten.

17.09.-20.09.1986

Fachtagung in Bochum

Rahmenthema: Studienberatung mit Blick auf Europa.

Themen der Arbeitsgruppen:

- Fachwechsel als Krise - studienbegleitende Beratungsgruppen als Bewältigungshilfe (Fortsetzung),
- Workshop zu den neuen Technologien an und in der Hochschule,
- Ausländerberatung (Fortsetzung),
- Selbstbehauptungstraining für Frauen im Hochschulbetrieb,
- Der psychoanalytische Ansatz in der Studienberatung,
- Glücksvorstellungen der Berater und Therapeuten,
- "Eine Utopie"? Die Hochschule - ein guter Lebens- und Arbeitsplatz für Frauen!
- Das ERASMUS-Programm der EG - Was haben wir damit zu tun?

Außerdem als Expertenvortrag:

- Überblick über das Angebot der EG im Hochschulbereich

(Herr Zeller, EG-Verbindungsbüro, Bonn)

Das Rahmenthema "Studienberatung mit Blick auf Europa" konnte nur ansatzweise realisiert werden; es waren aber immerhin mehrere niederländische und eine britische Kollegin anwesend. Erstmals Moderation einer Arbeitsgruppe durch einen ausländischen Kollegen. Ein Kooperationsangebot der Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik (AHD) findet kaum Zuspruch.

11.03.-14.03.1987 Fachtagung in Oldenburg

Rahmenthema: Ex-Amen - Was dann?

Probleme mit dem Studien-Ende.

Themen der Arbeitsgruppen:

- Qualifikationsprojekte im Uni-Umfeld (job finding),
- Strategien in der Absolventenberatung,
- Chancen und Probleme von Kooperationsbeziehungen zwischen Uni und Studentenwerk (Heimbereich),
- ABM-Berater: Zwischen eigener Arbeitslosigkeit und Beratungsarbeit,
- Selbsterfahrungsgruppe "Gemischte Gefühle",
- Nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen,
- Hochschulpsychotherapie - Formen, Methoden, Erfahrungen, Entwicklungen.

Außerdem zwei Vorträge mit Diskussion:

- Zur Geistlosigkeit der Universität heute
(Prof. Dr. Klaus Heinrich, Freie Universität Berlin),
- Die gespaltene Universität
(Prof. Dr. Daxner, Rektor, Universität Oldenburg)

Nach längerer Zeit wieder Einbezug von studentischen Initiativen/Projekten in eine ARGE-Tagung und intensive Auseinandersetzung mit den Themen "Selbsthilfe" und "Arbeitslosigkeit". Diskussion über die Einstellung der Zeitschrift für Theorie und Praxis der Studien- und Studentenberatung wegen unlösbarer Finanzierungsprobleme.

16.09.-19.09.1987

Fachtagung in Heidelberg

Rahmenthema: Beratung und Therapie an der Hochschule

Themen der Arbeitsgruppen:

- Chancen und Wirkungsweise von analytisch orientierter Beratung und Kurztherapie,
- Studienberatung im nächsten Jahrzehnt. Konsequenzen sinkender Studentenzahlen auf Auftrag und Arbeitsweise der Studienberatung,
- "Gemischte Gefühle" - Wie gehen Berater mit der Akademikerarbeitslosigkeit und der Frage nach dem Sinn des Studiums u. ä. m. um?
- "Clearingstellen" - SachbearbeiterInnen im Spannungsfeld,
- "Mein Beruf - ein Familienauftrag?" - Der/die BeraterIn - seine/ihre Herkunftsfamilie - seine/ihre Beraterrolle,
- Studentenberatung und Öffentlichkeitsarbeit,
- Tabuthemen in Beratung und Therapie?
- Methodische Konzepte und Vorgehensweisen, die ich in der Beratung und Therapie mit StudentInnen anwende,
- Gruppen mit Studentinnen.

Eröffnungsvortrag von Dipl.Päd. Peter Scheuermann, Frankfurt, zum Thema "Institutionalisierte Beratung und Therapie an der Hochschule" mit zum Teil provozierenden, im Rahmen der Tagung aber nicht weiter behandelten Thesen.

Erstmals erscheint nach der Heidelberger Tagung und nach Einstellung der Zeitschrift der ARGE-Rundbrief. Aus der AG "Studentenberatung und Öffentlichkeitsarbeit" wird das Projekt entwickelt, zum Thema "Studienwahl und -entscheidung" eine Veröffentlichung für die kollegiale Diskussion herzustellen (vgl. ARGE-Rundbrief Nr. 2), dazu einen kleinen Workshop zwischen den Tagungen zu veranstalten (im Februar 1988 in Bremen geschehen) und die Thesen und Erfahrungen auf der nächsten Fachtagung mit "Betroffenen" (SchülerInnen / LehrerInnen / Eltern) zu diskutieren.

09.03.-12.03.1988 Fachtagung in Berlin

Themen der Arbeitsgruppen:

- Präventive Aufgaben der Studentenberatung und das Problem der Rückmeldung an die Lehrenden,
- Aids - neue Anforderungen an die psychologische Beratung,
- Professionalisierungsprozesse von Studienberatern,
- Der Umgang mit der frühen Störung in der Studentenberatungsstelle unter Berücksichtigung der Gegenübertragung des Therapeuten,
- Erfahrungen mit Wohnheimarbeit,
- Clearingstellen - SachbearbeiterInnen im Spannungsfeld (Fortsetzung),
- Studentenberatung und Öffentlichkeitsarbeit (Fortsetzung),
- Ausbildungsalternativen für ausländische Studienabbrecher aus Entwicklungsländern,
- Möglichkeiten und Wirklichkeiten unseres Alleinseins.

Beginn der Tagung mit einer Podiumsdiskussion zum Thema: Reale Utopie. Uni 2000 - Träume, Alpträume, Visionen, mit Frau Prof. Jaeggi (Psychologie, TU), Frau Prof. Thomas (Erzie-

hungswissenschaft, TU), Herrn Prof. Beitz (Staatssekretär beim Senator für Wissenschaft und Forschung), Herrn Prof. Krippendorf (Politologe, FU). Auf dem Abschlußplenum wird die Einrichtung einer ARGE-Geschäftsstelle an einer Beratungsstelle gefordert. Nachdem schon nach der Heidelberger Tagung ein kritischer Tagungsbericht (in der Frankfurter Rundschau) erschienen war, ergibt sich nach der Tagung aufgrund der Berichterstattung im Tagesspiegel die Frage nach dem "Umgang mit der Presse" (vgl. ARGE-Rundbrief Nr. 3, S. 28/29).

21.09.-24.09.1988 Fachtagung in Freiburg

Themen der Arbeitsgruppen:

- Tabus in der Beratung?! (Fortsetzung) und Behinderte - Beginn einer Auseinandersetzung: Erfahrungsaustausch zwischen "Betroffenen",
- Psychologische Arbeit mit kreativen unbewußten Prozessen in der (zentralen und psychotherapeutischen) Studentenberatung,
- Frauen an Technischen Hochschulen,
- Clearingstellen: Information und/oder Beratung,
- Lebendiges Lernen oder Erkranken am Wissen?
- Abschied vom Team?
- Vom Nutzen und Nachteil von Wunschphantasien vor Studienbeginn: Wie gehe ich mit unentschlossenen Studieninteressierten um?
- Was kann / was soll die Studienberatung leisten bei Fragen der Studienorganisation?
- Braucht Studienberatung einen exzentrischen Geist? Befragung der Berufsidentität zwischen technischem Auftrag und kulturellem Horizont,
- "Zum Beispiel Biotechnologie" - Fragestellungen bei Einführung eines neuen Studiengangs.

Eröffnungsvortrag von Prof. Dr. R. Geipel (Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulfor-

schung und Hochschulplanung, München) zum Thema: Bildungssysteme und Ausbildungszeiten - ein internationaler Vergleich. Im Plenum wird die Gründung eines Berufsverbandes in Baden-Württemberg kontrovers diskutiert. Daran und an dem Punkt Tagungskritik entzündet sich eine Diskussion über Sinn und Zweck der ARGE-Tagungen, der ARGE überhaupt und letztendlich der Studentenberatung (vgl. ARGE-Rundbrief Nr. 4, S. 14-20).

01.03.-04.03.1989

Fachtagung in München

Themen der Arbeitsgruppen:

- Kulturarbeit mit Studenten - präventive Beratung?
- Krisen im Leben von Studenten - Antizipation von Arbeitslosigkeit, Auswirkungen auf Selbstwertgefühl, Leistungsmotivation und Einstellung zu Studium, Karriere und Beruf,
- Macht und Ohnmacht in der Beratung,
- "Berührt-sein" in der Beratung,
- Studentische Bedürfnisse und Studentenberatung (von Mitgliedern des studentischen Sprecherrats der Uni München moderiert),
- Möglichkeiten und Grenzen von Clearingstellen,
- ARGE perdu? - Brauchen wir einen (europäischen) Berufsverband für Studien- und/oder Studentenberater?
- Student und Arbeitsmarkt.

Eröffnungsvortrag von Malte Buschbeck (Süddeutsche Zeitung, Mitglied des Bildungsrats beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft) zum Thema "Versuch einer Lagebeschreibung - Thesen zur Hochschulsituation". Der Ausfall der Arbeitsgruppe Studienberatung und Frauenförderung provoziert Diskussionen über die ARGE und Frauen/Feminismus. Ansätze zu einer fünften In-

stitutionalisierungsdiskussion (diesmal mit europäischer Dimension) werden deutlich - auch deshalb dieser historische Rückblick.

